

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntag-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mk. pro Monat. Abonnement in die Post-Verwaltung: 1.10 Mk. pro Monat. Unter Bezugnahme auf den Reichs- und Preussisch-Preussisch-Vertrag vom 1. April 1907, für das übrige Ausland 2 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und geschäftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Zetteldruck) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erstmal täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 25. Juni 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Es wird fortgewurstelt.

Der vorläufige Abschluß, den der mit den widerlichsten Mitteln der Intrige ausgefochtene Kampf der Kamarillen durch die Kalkstellung des Grafen v. Posadowsky und des Herrn v. Studt sowie die Berufung des Oberpräsidenten v. Nolte und des Unterstaatssekretärs Holle auf die vakanten Ministerstellen gefunden hat, befriedigt, wie die Stimmen der bürgerlichen Presse zeigen, keine der an dem Kampfspiel um die Ministerposten interessierten Parteien. Das ist begreiflich; denn der Ministerwechsel bedeutet in keiner Richtung eine Entscheidung der durch die sogenannte Blockpolitik aufgewirbelten Fragen, sondern nur eine Hinausschiebung ihrer Lösung. Wilow hat zwar gesiegt, aber sein Sieg ist nur ein Teilsieg. Er hat vorläufig seine Stellung gerettet; er hat den bisherigen Kultusminister v. Studt zur Strecke gebracht und ist den ihm unbedeuten, seine diplomatischen Virtuositäten belächelnden Staatssekretär des Reichsamts des Innern losgeworden, den einzigen Mann des Kabinetts, der durch sein Wissen und seine Arbeitskraft über das traditionelle preussische Ministermittelmaß hinausragte; aber er hat diesen schönen Sieg nur dadurch erreicht, daß er den Wünschen der hohen Bureaucratie und des persönlichen Regiments willig in weitestem Maße Rechnung trug. Ist Freiherr von Rheinbaben auch nicht, wie er seinem Alter nach beanspruchen könnte, zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ernannt worden, sondern der jüngere in Posadowskys bisheriges Amt einrückende Herr von Bethmann-Hollweg, so bleibt doch Freiherr v. Rheinbaben den Bureaucraten und Konservativen als Finanzminister erhalten; und den Posten des Herrn von Studt hat kein liberal schillernder Ministerkandidat Harnack'scher Färbung erhalten, sondern ein Mitglied der höheren preussischen Bureaucratie, der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Herr Ludwig Holle, der sich in seiner bisherigen Karriere den halbfeudalen Ueberlieferungen der preussischen Bureaucratie vorzüglich anzupassen gewußt hat und dem die „Kreuzztg.“, die zu den orthodoxen Streifen des Kultusministeriums die besten Beziehungen unterhält, wohlwollend bezeugt, daß er „durchaus auf religiöser Grundlage“ steht. Der zweite Neuberufene aber, der in das Kabinett eintritt und das bisher von Herrn v. Bethmann-Hollweg verwaltete preussische Ministerium des Innern übernimmt, Herr Friedrich v. Nolte, ein Neffe des Generalstabschefs Hellmuth v. Nolte, verdankt seine Berufung zweifellos lediglich der besonderen persönlichen Gunst des Kaisers. Von allen gegenwärtigen Ministern hat er, vorausgesetzt, daß er sich die hohe Gunst zu erhalten und sich den impulsiven Sinnesänderungen des persönlichen Regiments mit Geschick anzupassen versteht, vielleicht die meiste Chance, der baldige Amtsnachfolger des vierten Kanzlers zu werden.

Am zufriedensten können jedenfalls die Konservativen mit dem bisherigen Verlauf des Kamarillenspiels der letzten Wochen sein. Bedeutet die Kalkstellung Posadowskys auch, wie wir schon im gestrigen Leitartikel ausführlich, in erster Reihe ein Zugeständnis an die freikonservative und nationalliberale Schamacherclique, deren Spezialorgan, die „Rhein-West-Ztg.“, seit Wochen den ihm als Sozialpolitiker und Zentrumsfreund gleichermäßen verhaßten Staatssekretär des Reichsamts des Innern mit den perfidesten und albernsten Verdächtigungen belästigt, so sehen doch auch die Agrarkonservativen den „Eindringling“ aus Posen trotz seines Verdienstes um den neuen agrarischen Zolltarif recht gern scheiden. Er störte durch seine Arbeitskraft und Intelligenz die schöne Homogenität der höheren Bureaucratie, und seine sozialpolitischen Ansichten dünkten, so sehr sie sich auch immer mehr verwässerten, den Konservativen vom Schlage der Kröcher-Normann-Odenburg höchst gefährlich für den Fortbestand der berechtigten patriarchalischen Eigentümlichkeiten Ostelbiens. Zudem aber erhalten die Konservativen durch die Berufung des Herrn Holle zum Kultusminister die Gewähr, daß bestenfalls die Vertretung der geistlichen Angelegenheiten im Dreiklassenparlament durch den neuen Minister etwas konzilianter geführt werden wird, als bisher durch Herrn v. Studt, im übrigen aber auf dem Gebiete des preussischen Kirchen- und Schulwesens im alten Gleise fortgewurstelt wird.

Dennoch sind die Herren von der Rechten nicht zufrieden. Nicht weil sie fürchten, daß Herr Holle sich kurzdürftige Vordränge gestalten könnte, sondern weil sie selbst den äußeren Schein vermeiden sehen möchten, als bedeute Studts Entlassung ein Zugeständnis an die Wünsche der liberalen Seite des Blocks. Selbst dieser bloße äußere Schein dünkt ihnen schon eine Vereinträchtigung ihrer politischen Ansprüche. Ihre Presse befolgt deshalb die Taktik, einerseits in tomischen Trüben die hohen Verdienste Studts um das preussische Schulwesen zu feiern, und andererseits zu versichern, daß er längst amtsübend und entschlossen gewesen sei, sich von seiner aufopfernden, vollen Ministeramtstätigkeit zurückzuziehen. So schreibt beispielsweise die „Kreuz-Ztg.“:

„Der Rücktritt des Ministers Dr. v. Studt wird zweifellos als ein Erfolg der parlamentarischen Vorstöße des Liberalismus ausgebeutet werden. Dem gegenüber sei ausdrücklich betont, daß Dr. v. Studt schon seit geraumer Zeit zum Rücktritte vom Amte

entschlossen war, aber doch den Schluß der Landtagsperiode erst abwarten wollte. Wenn nun entgegen anderweitigen Meldungen der Rücktritt des Kultusministers schon jetzt erfolgt ist, so haben dabei sicherlich praktische Erwägungen mitgesprochen. Die sommerliche Parlamentsruhe ist besonders dazu geeignet, einem neuen Minister das Vertrautwerden mit seinem Ressort zu erleichtern.“

Und die gleiche Taktik befolgt das Intelligenzblatt der Landbündler, die „Deutsche Tagesztg.“:

„Von diesen bedeutsamen Veränderungen in der Zusammensetzung des Staatsministeriums kommt der Rücktritt des Herrn Dr. v. Studt in keiner Weise überraschend. Vielmehr bestätigt die amtliche Meldung nur, was wir schon wiederholt im Verlaufe der letzten Landtagsession betont haben: Daß Herr Dr. v. Studt, der ein Alter erreicht hat, in dem nur die wenigsten Sterblichen noch den Lasten und Sorgen eines preussischen Ministerpostens gewachsen sind, mit der Arbeit der vergangenen Session seine Ministeramtstätigkeit als abgeschlossen betrachte und nach ihrem Abschluß sich in den Ruhestand zurückziehen werde.“

Am schlechtesten abgeschnitten haben die liberalen Blockparteien. Die Zeit ist längst vorbei, wo selbst ernsthaft liberaler Politiker auf ein liberales Kaiserthum rechneten und Herr Naumann von einem Bündnis zwischen Demokratie und Kaiserthum träumte. Mehr und mehr hat der Liberalismus seine Ansprüche herabgesetzt, besonders seitdem er sich als Mitregierungspartei fühlt. Seine Spekulation auf den liberal regierenden Kaiser reduzierte sich zur Spekulation auf den liberalen Reichskanzler; und in den letzten Wochen hatte er seine Hoffnungen und Wünsche so weit ermäßigt, daß er nur noch auf die Ersetzung Studts durch einen halbliberalen Minister rechnete. Harnack's Berufung ins Ministerium oder auch nur eines Gelehrten Harnack'scher Richtung würde in der sogenannten entschiedenen liberalen Presse Jubelstürmen über die Erfolge des konservativ-liberalen Kabinetts und die durch diese begründete neue liberale Ära ausgelöst haben. So bescheiden sind die Liberalen in ihren Forderungen an die Wilow'sche Blockpolitik geworden. Aber etwas, irgend etwas, mochte es auch noch so wenig sein, glaubten sie doch als Mitregierungspartei verlangen zu dürfen. Noch in letzter Stunde, am Sonnabendmorgen, mahnte dringend die „Voss-Zeitung“:

„Soll es mit der „Konservativ-liberalen Paarung“ ernst werden, so können die natürlichen Konsequenzen nicht ausbleiben. Der Liberalismus muß dann den Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung gewinnen, den schon Vennigen für ihn verlangt hat. Daß dabei mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden, manche Vorurteile aufzugeben sind, wer wird es verkennen? ... Aber auf die Dauer kann auch der Rechten nicht zweifelhaft sein, daß der Staat, wenn er dem Liberalismus seine Zugeständnisse machen will, um so größere und verhängnisvollere Zugeständnisse dem Ultramontanismus machen muß. Wie die Parteiverhältnisse in Deutschland liegen, läßt sich dieser Schluß nicht abweisen. Hier das Zentrum, dort die Sozialdemokratie; nach wie viel Seiten soll denn die Regierung kämpfen? Ohne den Liberalismus ist eine feste und starke Politik nicht mehr möglich. Wuß aber mit dem Liberalismus gerechnet werden, so muß man ihm auch Rechnung tragen.“

Das ist die „Forderung des Tages“. Ihre Erfüllung darf nicht ins Ungeheure hinausgeschoben werden. Denn der Zweifel an der Dauerhaftigkeit des „neuen Kurses“ erhöht den geheimen Widerstand.“

Und in der festen Überdacht, daß wenigstens (diesmal beim Ministerwechsel) etwas für den Liberalismus abfallen würde, heißt es hoffnungsfreudig am Schluß des Artikels:

„Und deshalb hoffen wir, daß die Kieler Verhandlungen die erwartete Klärung bringen und alsbald zeigen werden, daß wir nicht einen Biazad-Kurs steuern, was heute bedeuten würde, wieder rückwärts gehen und dem Zentrum den ersehnten Triumph bereiten.“

Doch selbst diesen bis aufs Minimum herabgeminderten Ansprüchen ist die Erfüllung versagt geblieben. Um sich auf seinem Posten zu erhalten, hat Fürst Wilow ohne Bedenken die Liberalen den konservativen Forderungen aufgeopfert. Kein liberal schillernder Politiker oder Bureaucrat ist würdig befunden worden, einen Ministerposten zu zieren. Enttäuscht schreibt das „Berl. Tagebl.“ über die neuen Ministerernennungen:

„Es ergibt sich daraus, daß nun allerdings der Reichskanzler den Rücktritt des Kultusministers v. Studt durchgesetzt hat. Nur wird das Vergnügen über diese Veränderung im Kultusministerium wesentlich durch die Tatsache beeinträchtigt, daß der Nachfolger Studts, der bisherige Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr. Holle eine unbekannt große ist, von der man nicht mehr erwarten kann, als daß sie für absehbare Zeit in der reinen Verwaltungstätigkeit aufgeht. Zu einer kräftigen Initiative im Sinne der Blockpolitik fehlt es Herrn Dr. Holle zum mindesten an der erforderlichen Autorität. Wir sehen ihm ohne Vorurteil entgegen, aber wir kommen nicht über das unbedingte Gefühl hinweg, daß es sich bei ihm um eine Verlegenheitskandidatur handelt, die der Kritik kein Ende macht, sondern sie nur vertagt.“

Noch weniger wird der Wechsel im Reichsamts des Innern als eine befriedigende Lösung der tatsächlich vorhandenen Schwierigkeiten angesehen werden können. Mit auf-

richtigem Bedauern wird man weit über die Kreise hinaus, die dem Grafen Posadowsky politisch nahe stehen, vernehmen, daß für ihn im Rahmen der Reichsregierung des Bleibens nicht mehr sein sollte, und daß er deshalb sein Abschiedsgesuch eingereicht hat. Der bisherige Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg, der an seine Stelle tritt, ist zweifellos ein Mann von geistiger Regsamkeit, er hat auch trotz seiner konservativen Grundfärbung einen modernen Zug; aber er hat doch bisher zu wenig positive Arbeit geleistet, als daß man in ihm einen äquivalenten Nachfolger eines Posadowsky erblicken könnte.

Vollends wird es schwer, an eine Verwirklichung der Blockpolitik in Preußen zu glauben, wenn man in Betracht zieht, daß der bisherige Oberpräsident von Ostpreußen, v. Nolte, als Bethmann's Nachfolger in das preussische Ministerium des Innern eingezogen wird. Herr v. Nolte kann nicht einmal als moderner Konservativer angesehen werden. Er ist bisher nicht viel mehr gewesen als der Reife seines großen Oheims, ein Mann von einiger Routine, aber ohne große Gesichtspunkte.“

Und ebenso wenig ist die „Voss-Ztg.“ mit dem Ministerwechsel zufrieden, doch tröstet sich dieses Blatt in der ihm eigenen politischen Naivität damit, daß noch andere Ernennungen nachfolgen und unter den Ernannten sich dann doch vielleicht eine halbliberale Bureaucratenseele befinden könnte. Für den Fall, daß aber auch diese Erwartung nicht zutreffen sollte, hat es als Ersatz die Hoffnung in petto, daß, wenn auch kein liberaler Minister berufen würde, doch deshalb immerhin noch nicht ganz ausgeschlossen sei, daß die konservativen Minister mit Rücksicht auf die liberalen Wünsche liberal regierten:

„So hat denn der Personalwechsel, den der Systemwechsel erforderlich begannen. Erst begonnen; denn es ist kaum wahrscheinlich, daß auf die Veränderung in den leitenden Stellen nicht auch Veränderungen in einzelnen Ämtern von Direktoren folgen sollten. Daß die jetzt angefertigte Umgestaltung der Regierung äußerlich einen kräftigen „Rud nach links“ anzeigt, wird niemand behaupten. Es ist kein Minister ernannt worden, den man etwa der freisinnigen Partei zurechnen könnte.“

Wenigstens nicht so sehr darauf mag es ankommen, von wem als vielmehr wie regiert wird. Und wir werden sehen, wie die Idee der „Konservativ-liberalen Paarung“ jetzt in Gesetzgebung und Verwaltung verwirklicht wird.“

Das Ergebnis des Kamarillenkampfes der letzten Wochen ist also, daß der alte Kurs fortgesteuert wird, nur mit dem Unterschiede, daß die minimalen sozialpolitischen Dosen, die in den letzten Jahren der deutschen Arbeiterklasse gelegentlich zur Veruhigung verabreicht wurden, noch weiter herabgesetzt werden — soweit das überhaupt möglich ist.

Wir haben nichts anderes erwartet; denn der heutige offizielle Regierungskurs mit seinen halben Versprechungen bald nach der liberalen, bald nach der konservativen Seite, und seiner trotz aller liberalen Versprechungen im Grunde genommen konservativen Richtung ist nicht Wilow's Werk. Wilow trägt eigentlich nur für das äußere feilketonisch-geschwähige Gepräge dieses Kurses, für die renommierten Mägen und diplomatischen Gespreiztheiten die Verantwortung. Die Richtung selbst aber liegt in der Tatsache begründet, daß die Regierung der Bourgeoisie aus Rücksicht auf den Staatskredit und auf die wirtschaftliche Entwicklung gewisse Zugeständnisse nicht versagen kann, andererseits aber ohne das Junkertum, das die hohe Bureaucratie und die Armee beherrscht, nicht auskommen vermag. Wie sich geschichtlich das preussische Staatswesen — nicht ohne die Schuld des deutschen Bürgerthums — gestaltet hat, ist heute ein rein junkerliches Regiment unmöglich; noch mehr aber ein rein liberales Regiment. Die Folge ist ein fast stetiges Labieren, und zwar derart, daß die Regierung den liberalen Ansprüchen zwar auf wirtschaftspolitischem Gebiete hin und wieder Konzessionen macht, dafür aber die eigentliche Regierungsmaschinerie und das Steuerrohr den Händen der Bureaucratie überläßt, die, wenn sie hin und wieder auch ein ungenügender politischer Wind etwas aus dem konservativen Fahrwasser drängt, doch sofort wieder in dieses zurückstrebt. Eine Aenderung dieses Zustandes ist nur durch die Stärkung der politischen Macht und des Einflusses der deutschen Arbeiterklasse möglich, nicht dadurch, daß der Liberalismus sich zum liberal-konservativen Kabinetts bereithalten läßt.

Die Tragödie in Süd-Frankreich.

Die Bürgermorde in Narbonne.

Es ist nunmehr festgestellt, daß die Präsidialen aufs Volk nicht ein Akt der Notwehr und nicht die vorchriftsmäßige Anwendung des letzten Mittels waren, sondern von der bewaffneten Macht mit gewaltloser Reichfertigkeit angeordnet worden sind. Vor der ersten Salve will der Kommissar eine „Warnung“ an die Menge gerichtet haben. Aber seine Worte waren vollständig unverständlich, da der Kommissar sie durch eine Torspaste in die um die Konspräfektur wogende Menge hinaus schrie und keinen Trommetwirbel voranzog. Sofort darauf wurde aber schon das Feuer eröffnet, so daß es dem Volke, auch wenn es die Mahnung gehört hätte, nicht möglich gewesen wäre, sich zu zerstreuen.

Die zweite Salve, der vier Menschenleben zum Opfer fielen, wurde unter noch empörenderen Umständen abgegeben: Ein Polizist war mißhandelt und in den Kanal geworfen worden. Befonnene

Bürger zogen ihn heraus und trugen ihn zur Mairie, ihn gegen weitere Angriffe schützend. Das Stadthaus war besperrt. Sie pochten an. Lange rührte sich nichts. Plötzlich wurde das Tor geöffnet, Soldaten säurten hervor, und ein Offizier kommandierte Feuer! Die Soldaten jagten die fliehende Menge durch mehrere Straßen. Dabei wurde ein Bürger, der unter den Ketten des Polizeifessels gewesen war, durch einen Wajoneitischen schwer verwundet. — Besonders empörend aber ist die Geschichte des Todes des Gefangenen Ramon: Ein Kurassieroffizier war in einem Café am Nachmittag erst nicht bedient worden und hatte dann vom Wirt Laues Wasser zum Abtrocknen bekommen. Am Abend schossen die Kurassiere durch die geschlossenen Klappen des Cafés! Ramon, der dort saß, bekam fünf Kugeln in den Kopf, seine Tochter wurde schwer verwundet und liegt im Sterben. Herr Clemenceau aber hat von einer „verirrten Kugel“ gesprochen.

Ist es schließlich verstandlich, daß in den Regimentern des Landes der Geist der Meuterei umgeht und der Krieg hervorbringt, die an ihren Lieben verübten vielen Greuel zu rächen?

Krieg gegen Kranke.

Paris, 23. Juni. (Fig. Ver.)

15 000 Mann halten Karbonne besetzt. Sie füllen die Plätze, die Straßen, die Gassen. Vor jedem Haus steht ein Wachposten mit aufgeflossener Bajonette. Niemand darf passieren als die Lieferanten der Truppe. Ungeheurerweise auch die Ärzte nicht! Der Verzeherverband hatte um Passierscheine ersucht, sie wurden verweigert, mit einer Begründung, als die Dokumente militärischer Barbarei wiedergegeben zu werden verdient: Der Divisionskommandant erklärt, das Begehren nicht erfüllen zu können „in Erwägung der fortwährenden Feindseligkeit der Bevölkerung, die den Offizieren und den Truppen Nachlager und Nahrung verweigert. Sobald diese Feindseligkeit verschwindet, wird der Befehl geändert werden.“ — Der edle Kriegsmann versagt also seinen Landsleuten, was die Genfer Konvention dem „äußeren Feinde“ sichert: die Pflege der Verwundeten und Kranken! Er läßt seinen Nachbedarf an diesen Behelfen. Man kann sich in der Tat kaum eine wirksamere Verletzung über das Wesen des Militarismus denken, als diejenige, welche die Städte des französischen Südens dergestalt in diesen Tagen erhalten. Die Ärzte von Karbonne haben auf die Schändlichkeit mit dem in dieser Situation gerechtfertigten Beschluß geantwortet, auch den verletzten Gendarmen die ärztliche Hilfe zu verweigern. Ferner werden sie den monatlichen Einberufungen zu den Ausschreibungskommissionen nicht Folge leisten.

Herr Clemenceau und seine Leute haben die revolutionierenden Weinbauern „Apachen“ tituliert. Aber gegenüber den Ketten der Ordnung und des Gesetzes zeigen diese „Apachen“ selbst in ihren leidenschaftlichsten Ausbrüchen eine menschlichere Gesinnung. Die entsetzlichen „Greuelthaten“, von denen die Regierung berichtet hat, entpuppten sich hinterher zum Teil als einige handgreifliche Rohheiten, die durch die Dinge, die vorgegangen sind, wohl verständlich werden. Wenn man das hitzige Temperament der Südländer erwägt, muß man sagen, daß die Winger eine geradezu imponierende Selbstbeherrschung zeigen. Und wo wirklich einige Leute ihren grausamen Trieben die Zügel schießen ließen, fanden sich immer andere, die vermittelnd und begütigend eingriffen. Nicht eine einzige Tat ist bisher geschehen, die auf der Sache der Aufständischen einen dauernden Fleck zurückließ. Herr Clemenceau aber kann das von seiner Generation nicht sagen.

Lochspiegel als Journalisten.

Am meisten haben unter dem Horn des Volkes noch die Polizeiangenoten zu leiden gehabt, die in Waffen aus Paris nach dem Süden geschickt worden waren. Standalöserweise hatte ihnen das Ministerium „coups-de-main“ ausgestellt, Passierscheine, wie sie die Journalisten erhalten, und die Herren Spiegel stellten sich überall als „Journalisten“ vor! Natürlich hatten, als die Sache ruhbar wurde, die wirklichen Journalisten unter dem Verdacht, zu der eblen Sippe zu gehören, empfindlich zu leiden, und sie sahen sich genötigt, das Komitee der Weinbauern um Armbanden zu bitten, die sie vor der Bevölkerung legitimieren. So ist das Komitee trotz aller militärischen und polizeilichen Diktatur noch immer die einzige vom Volke wirklich anerkannte Behörde im Wingerland.

Uebrigens haben die Journalisten aller Parteien gegen das beleidigende Verfahren der Polizei Protest erhoben. Herr Clemenceau freilich wird ihn nicht verstehen. Er hat doch den Ruf, „der erste Journalist Frankreichs“ zu sein, aufgegeben, um „le premier flic“, der erste Polihh, zu werden!

Die Polizeiführer haben aber das Land nicht nur als Spürhunde, sondern auch als agents provocateurs durchstreift. Die „Humanité“ berichtete darüber: In Karbonne, auf dem Boulevard Gambetta, rief ein Individuum zur Revolte auf, rief, auf die Offiziere zu schießen und den Aufstand zur möglichsten Entfaltung zu bringen. Da niemand den Redner kannte, forderte man seine Papiere. Er weigerte sich, begann Geschichten zu erzählen. ... Aber die mißtrauisch gewordenen Zuhörer ergriffen ihn, durchsuchten seine Taschen und fanden in seinem Portemonnaie eine auf die Pariser Zentralpolizei lautende Eisenbahnscheine und eine von der Polizeipräfektur ausgestellte Legitimation! Der Mann wurde halb tot geschlagen und dann auf den Rat ruhigerer Leute zum Sitz des Wingerkomitees gebracht. Daß man ihm und anderen feinesgleichen dergestalt mitgespielt hat, ist wirklich zu begreifen.

Ein Schlachtenseufzer.

Als die Soldaten des 17. Regiments gegen Beziers marschierten, trat ihnen der Brigadegeneral Lacroixade mit Truppen des 81. Infanterieregiments und mit einer starken Gendarmereieinheit entgegen. Die Begegnung fand an der Kreuzung der Reichstraße und des Weges nach dem „Bahnhof von Villeneuve“ statt. Zwei Kompagnien der 81er hielten auf der Straße, zwei andere hatten sich in Schützenketten aufgelöst. Die Rebellen vom 17. Regiment manövierten unter der Führung von Korporalen mit einer bewundernswürdigen Schnelligkeit und Sicherheit. Ein Teil entfaltete sich in Schützenketten, die anderen formierten sich als Reservekolonne, um im gegebenen Moment den entscheidenden Stoß zu führen. Und die Truppen des Generals Lacroixade wurden richtig umgangen! „Nach dem Eingeständnis von Offizieren“, so schreibt die nationalitische „Liberté“, hat der General, strategisch genommen, die Schlacht verloren, und wenn die Siebzehner gewollt hätten, wären seine Truppen gefangen genommen worden.

Dieses Resultat mag den Hochmut militärischer Vonzgen im Ju- und Auslande nützlich dämpfen, und am allernützlichsten werden die Gamaschenträger Deutschlands eine Schadenfreude darüber empfinden dürfen, da jener Vorfall nur die ausgezeichnete Mannschafsbildung einer Armee beweist, der man es anscheinend nicht hat beibringen können, auf Vater und Mutter zu schießen.“

Die wahre Regierung.

Eine patriotische Heldengeschichte hat Clemenceau in der Freitagssitzung erzählt, würdig, sofort in die Reschächer der Volksschule aufgenommen zu werden: General Bailoud, allein in die Mitte meuternder Soldaten tretend und sie durch „die Macht seiner Verebtheit“ zur reinigen Mätlehe bewegend! — in Wirklichkeit hat sich die Sache ganz anders zugetragen. Die Soldaten wären nämlich gar nicht zurückgekehrt, wenn man nicht ihre Bedingung erfüllt hätte, die in der Zu-

sicherung bestand, daß keine individuelle Strafverfolgung eintreten werde. Und auch das wurde nicht durch den Vorgefetzten erreicht, sondern durch die Intervention der — Leiter des neuen Wingerkomitees! Gegen das alte Komitee hat man Befehlsbefehle erlassen und eine Armee mobilisiert, und nun appelliert man an seine Nachfolger, welche die ungeführte Durchführung des Programms des alten Komitees auf ihre Fahne geschrieben haben, um die Disziplin dieser Armee wiederherzustellen! Gestern waren die Wingerführer „Rebellen“, heute sind sie patriotische Bürger. —

Nebenbei wurden die Soldaten des 17. Regiments auch sonst nicht als Unfrühler behandelt. Sie bekamen Erlaubnis, den Nachmittag und die Nacht außerhalb der Kasernen zu schlafen. Diejenigen aber, die in die Kasernen eintraten, wurden vom Korpskommandanten General Bailoud mit einem Händedruck bestraft.

Geradezu grotesk aber ist die Geschichte des Unterpräfecten Leullier. Er war in Poulhan, wo er die Beschädigungen der Bahnstrecke beaufsichtigte, von den Bauern gefangen genommen worden. Diese verlangten zunächst von ihm, daß er: „Nieder mit Clemenceau!“ und „Tod den Fälschern!“ rufe. Das letztere tat er, das erstere verweigerte er in üblichem Respekt vor seinem Chef. Darauf wurde er von einigen Hühnern arg geschlagen und in Gefangenschaft zurückgehalten.

Der Präfect von Montpellier hätte seinen Beamten gern befreit, tauchte aber keinen anderen Weg, als Herrn Leenhardt, Mitglied des Wingerkomitees, rufen zu lassen und um Intervention zu bitten! Leenhardt erwiderte, er habe nicht genug Autorität bei den Bauern; am besten würde es sein, die Intervention der gefangenen Komiteemitglieder anzurufen. Und so geschah es! Der Präfect ließ Leenhardt ins Gefängnis führen, und dort unterzeichneten Ferron, Cathala und die anderen Gefangenen den Freilassungsbescheid für den Unterpräfecten! Mit diesem ausgerüstet, fuhr Leenhardt im Automobil nach Poulhan, und so erwirkte er sofort die Befreiung des Gefangenen.

Marcellin Albert.

Paris, 23. Juni. Der Führer der Wingerbewegung, Marcellin Albert, fand sich heute vormittag 10 1/2 Uhr im Ministerium des Innern ein. Er wurde sofort zum Ministerpräsidenten Clemenceau gebracht, der mit ihm eine dreierlei stündige Unterredung hatte. Nach derselben verließ Albert das Ministerium durch eine Seitentür, um Verichterstattungen an dem Wege zu gehen.

Paris, 23. Juni. (B. Z. B.) In der Unterredung, die Ministerpräsident Clemenceau mit dem Führer der Weinbauern, Marcellin Albert, hatte, sprach ersterer anfangs sehr streng und hart, indem er Albert das Gewicht der Verantwortung klar machte, die dieser sich zugezogen habe. Albert setzte die Absichten, die er gehabt habe, unter Tränen auseinander und bat Clemenceau um Mitleid, indem er ausrief: „Mein Gott! Wenn ich doch alles wieder gutmachen könnte!“ Clemenceau erwiderte nur: „Geben Sie und stellen Sie sich dem Befehl.“ Er ließ dann Albert sich entfernen, ohne ihn der Polizei zu übergeben. Dem Präsidenten Fallières erstattete Clemenceau Bericht über den Besuch Alberts.

Karbonne, 23. Juni. Die telegraphische hier eingelaufene Nachricht von dem Besuche Marcellin Alberts bei dem Ministerpräsidenten sowie die Nachricht, daß letzterer davon Abstand genommen habe, Albert verhaften zu lassen, riefen hier großen Einbruch hervor und wurden von der Menge mit Beifallskundgebungen aufgenommen.

Karbonne, 24. Juni. Marcellin Albert traf heute nachmittag hier ein und reiste nach Argeliers weiter.

Die Erregung dauert an.

Toulon, 23. Juni. Mehrere tausend Weinbauern, die heute eine Versammlung abhielten, faßten einen Beschluß, in dem ausgesprochen wird, daß die Gemeindegewalt der Departements Bar sämtlich vom Amte zurücktreten müßten.

Perpignan, 23. Juni. Als ein Steuerheber im Gemeindegemeindeamt von Torreilles erschien, um die Steuern einzutreiben, wurde vom Rathaus Sturm geläutet, worauf die Bewohner mit Waffen und sonstigen Instrumenten sich versammelten. Unter diesen Umständen zog es der Steuerheber vor, den Ort schleunigst zu verlassen.

Paris, 24. Juni. (B. Z.) Aus dem Süden liegen bisher keine neuen beunruhigenden Nachrichten vor. Die Deputierten Lafarre und Bourrat, die sich vorgelesen nach der Annahme des Weingesetzes endlich entschlossen, ihre Wahlkreise Beziers und Perpignan zu besuchen, wurden von den Agitationskomitees schlecht empfangen, so daß sie sofort die Rückreise antraten.

An die Arbeiter aller Länder!

Als Nikolaus II. sich anschickte, die erste Friedenskonferenz einzuberufen, nahm seine Politik in Ostasien eine Richtung, die den Krieg mit Japan unvermeidlich machte.

Im selben Augenblick, als er die Guldigungen der zweiten Haager Konferenz empfing, befahl er die Auflösung der zweiten Duma.

Dies doppelte Zusammentreffen erbellt aufs beste die Komödie, die im Haag und in St. Petersburg gespielt wird. Der Hohn wird vollständig sein, wenn die dritte Konferenz in dem Palast tagen wird, der von dem Manne errichtet wurde, der als einer der ersten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika bewaffnete Polizisten gegen die Arbeiterklasse gebrauchte und vor der Welt seine Auflassung vom sozialen Frieden kundgab, indem er die Arbeiter seiner Fabriken, die Schöpfer seines ungeheuren Vermögens, erschließen ließ. Seit langem hat das Proletariat die traditionelle Politik der russischen Regierung, der Hauptstütze aller Reaktion, aufgedeckt. Der äußere Friede, wie sie ihn versteht, das ist nicht die Unterdrückung des Krieges, das ist die Schwächung der Gegner und die Hegemonie des Jarrismus. Der innere Friede, wie sie ihn träumt, das ist das bergewaltige Volk, das ist die vereinte Autokratie.

Nach der letzten Haager Konferenz ließ Nikolaus II. die Mandchurien verwüsten und die Greuel von Bagdadschenschel überdauern. Er brach den dem finnischen Volke geleisteten Eid und habete sich im Blute ganz Rußlands. In Wiga stellte er die Tortur des Mittelalters wieder her; er ließ die armen Bauern Georgiens von der Soldateska ungestraft plündern und massakrieren; er erlaubte den Schirren des Gefängnisses von Ataton, mit Wajoneitischen die politischen Gefangenen anzufallen und zu töten. Während des Aufstandes in Moskau ließ er die Sanitätsabteilungen beschießen und lange nach dem Kampfe töteten die Gardes seiner Majestät ohne jeglichen Prozeß die Eisenbahnangestellten, die sie in ihrer Verurteilung übertraten.

Der Zar hat gegen seine eigenen Untertanen gewütel, wie er sich schämen würde, gegen feindliche Soldaten zu handeln. Und dieses Haupt der kapitalistischen und kolonialen Räuberei gibt sich vor der Welt als das Sinnbild und die Personifikation des Rechts, das der Gewalt vorgeht, des herzlichen Einvernehmens, das an die Stelle des blutigen Kampfes tritt, des ewigen Friedensvertrags, der den brüdermordenden Krieg verdrängt. Und wolle man zugeben, daß er aufrichtig sei, so wünte er seine Friedensabsichten nicht verwirklichen, weil der Militarismus nichts anderes ist als die vom Staat organisierte Bewaffnung, um die Arbeiterklasse unter dem wirtschaftlichen und politischen Joch der Bourgeoisieklasse zu halten — weil in der kapitalistischen Ordnung die Kriege zwischen den Staaten gewöhnlich nur die Folgen ihrer Rivalität auf dem Weltmarkte sind, weil jede Macht sich nicht nur bemüht, die Märkte, die sie besitzt, sich zu erhalten, sondern auch neue zu erobern und das sehr oft durch die Unterjochung fremder Völker und die Beschäftigung ihres Bodens. Die in Haag tagenden Diplomaten mögen sich un-

schauen. Sie werden dort die Herren Bestrafikas an der Seite der Beherrschter Indiens, die Eroberer von Madagaskar neben den Ausbeutern des Kongogebietes und die Sieger der Mandchurien neben ihren unglücklichen Gegnern finden. Die Kriege, die zudem die Bourgeoisie begünstigen, die von den herrschenden Klassen systematisch genährt und unterhalten werden zu dem Zwecke, die Völker gegen einander zu hegen, erscheinen dem Proletariat als das Wesen des Kapitalismus selbst und sie werden nicht verschwinden, denn mit der kapitalistischen Ausbeutung selbst. Die Arbeiterklasse ist dagegen die natürliche Feindin der Kriege, weil sie ihr Hauptopfer ist — sie muß ihren Gut- und Muttergüter zahlen — und weil die Kriege dem Ziel des Sozialismus widerstreiten, der die Schaffung einer neuen Ordnung ist, die sich gründet auf die Solidarität der Arbeitenden, auf die Verdrängerung der Nationen, auf die Freiheit der Völker.

Als im Jahre 1871 Deutschland Elah-Lothringen annektierte, protestierten die Vertreter des sozialistischen Proletariats, Bebel und Liebknecht, gegen den Krieg und die Annexion.

Als im Jahre 1904 die Staaten Rußland und Japan Tausende junger Leben opferten, vereinigten sich zu Amsterdam die Vertreter des Proletariats Rußlands und Japans in brüderlicher Umarmung. Im Jahre 1870, als die Kanonen an den Grenzen donnerten, schrieben die deutschen Arbeiter den französischen Arbeitern:

„Wir werden niemals vergessen, daß die Arbeiter aller Länder unsere Freunde und daß die Despoten aller Länder unsere Feinde sind.“

Und die französischen Arbeiter antworteten den deutschen: „Arbeiter Frankreichs! Arbeiter Deutschlands! Arbeiter Spaniens! Vereinigen wir unsere Stimmen in einem Schrei des Protestes gegen den Krieg!“

Das war die Sprache der ersten Arbeiter-Internationale; und das ist noch heute die Sprache der neuen Arbeiter-Internationale! Ihre Führer haben trotz Verleumdung und Verfolgung die Idee des Friedens unter den Nationen durch Taten vertreten, in denen sie systematisch alle Militärforderungen verweigert haben, und man weiß, daß am Tage, da die Arbeiter die Herren der Armeen sind, der Krieg tot ist. Deshalb fordern sie ohne Verzug die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung der Arbeiterklasse durch die allgemeine Volksbewaffnung. Jedesmal, wenn eine drohende Wolke am politischen Horizont erschien, hat die Arbeiterklasse in den Parlamenten und auf den Straßen durch ihre Abgeordneten und Kundgebungen interbeniert, und sie ist entschlossen, am Tage der Gefahr so weit zu gehen als sie vermag, um dem Kriege vorzubeugen und ihn zu verhindern. Ihre Politik wird keine Widersprüche zeigen, und wie die englischen Arbeiter gegen ihre Regierung während des Transoaltrikrieges auftraten, so wird man nicht zwei Fraktionen des internationalen Proletariats in zwei entgegengesetzten Lagern sehen lassen.

Sie hat die Arbeiter-Internationale den Grundsatze verteidigt, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann ohne Angriff auf die eigene Nation, ihre Arbeiterklasse und die internationale Arbeiterklasse. Deshalb kann die Friedensidee nur Fleisch und Bein annehmen und siegen durch den Fortschritt und die Verwirklichung der sozialistischen Idee. Der Krieg findet dagegen seinen besten Boden in der Stärkung des Absolutismus. Die Auflösung der Duma bedeutet unter diesen Gesichtspunkten eine Gefahr für ganz Europa. Sie hat niemand überrascht. Man ist gewöhnt, daß der Jarrismus seine Verpflichtungen nicht hält, und an dem Tage, da er die Macht dazu besitzt, wird er gegen die anderen Völker handeln, wie er gegen das russische Volk gehandelt hat.

Nikolaus II. hatte an einem Tage der Gefahr die Freiheit versprochen. Aber als ihm die Gefahr weniger bedrohlich erschien, schickte er die erste Duma heim, die ihm nicht gefehrig genug schien. Er wollte ein Parlament von Palatinen. Die russische Regierung nahm vom Parlamentarismus das Wort, aber nicht das Wesen an. Um den Wünschen der Kamarilla und seines Herrn zu entsprechen, ließ Stolypin zunächst Unterdrückungsgesetze verhängen, die Wählerliste fälschen, seine Gegner einfernen und ritterlich erlaubte der große Minister den schwarzen Banden, Frauen und Kinder zu massakrieren. Die Ereignisse geshickten seine ministeriellen Berechnungen. Trotz der Unterdrückung und der Gewalttätigkeiten der Behörden wurde die zweite Duma noch radikal als die erste. Sie enthielt mehr als 100 Deputierte, die sich zu verschiedenen Nuancen des Sozialismus bekannten. Am Tage nach den Wahlen war es augenscheinlich, daß die Tage der zweiten Duma gezählt waren. Aber Stolypin wollte ein guter Herr sein und war so freundlich, das Fortbestehen der Duma zu gestatten, jedoch unter der Bedingung, daß sie darin willigte, alles zu tun, was die Regierung wünschte. Die Kadetten waren schwach genug, diesen Einflüsterungen nur zu oft nachzugeben. Sie stimmten gegen die Amnestie, sie weigerten sich, die amtslichen Kandidaten zu brandmarken, und sie wagten sogar nicht, ein Budget zu verwerfen, dessen Kontrolle man ihnen verweigerte. Sie baten die äußerste Linke himmelhoch, Herrn Stolypin jedes unangenehme Wort zu ersparen und sich mit einem Lächeln auf den Lippen verfolgen und Inten zu lassen. Der Chef des Kabinetts hatte von nun an leichtes Spiel; er ließ bei den Abgeordneten Haus-

suchungen veranstalten. Er ließ Telegramme fabrizieren, die im Namen des Volkes die Auflösung der Duma forderten. Er forderte Aufhebung der Oeffentlichkeit derjenigen Sitzungen, die der Prüfung des Heereskontingents gewidmet waren. Er legte Sympathieerklärungen für die Polizei vor; er leistete sich den Luxus, Verschwörungen gegen den Jaren und gegen die Sicherheit des Staats zu entdecken. Er forderte Verfolgungen en bloc ohne Prüfung und auf der Stelle. Die Vertreter der Bourgeoisie hatten selbst nicht den Mut, auf diese Unbeschämtheit die Antwort zu geben, die sie verdiente und die Auflösung wurde ausgesprochen, ohne daß die Kadetten so glücklich gewesen wären, eine männliche Haltung einnehmen zu können.

Das organisierte Proletariat Rußlands hat die Aufgabe übernommen, die Antwort zu erteilen. Der Kampf gegen die Autokratie wird fortgesetzt werden ohne Waffenstillstand, und Sache der Arbeiter aller Länder wird es sein, den russischen Genossen in ihrem Kampfe zu Hilfe zu kommen. Die sozialistischen Deputierten im österreichischen Reichsrat haben bereits ihre Absicht angekündigt, die Regierung über die Folgen einer Auflösung zu interpellieren, deren Verwickelungen man schon voraussehen kann und von denen den Interessen der fremden Nationen Gefahr droht. Die Sozialisten Frankreichs werden nicht verschehen, ihrer Regierung die feierlichen Verpflichtungen ins Gedächtnis zurückzurufen, die sie in Sachen der Anleihefrage übernommen hat. Die Sozialisten Großbritanniens, des Landes mit der parlamentarischen Tradition, werden am 14. Juli, dem Jahrestage des Bastillesturmes gegen die Folge von Staatsstreichen manifestieren, die deren Urheber nur durch Heucheleien und Lügen zu rechtfertigen versucht haben. Die Proletarier der anderen Nationen werden es sich angelegen sein lassen, diese Bewegung zu unterstützen und ihren Mitgliedern ins Gedächtnis zu rufen, daß allein der Sozialismus der Friede ist, und daß unsere Parole jederzeit lautet: Nieder mit der Autokratie! Es lebe die russische Revolution!

Das Exekutivkomitee
des internationalen sozialistischen Bureau (Belgien).
Eduard Anseele, Emil Vandervelde,
Camille Huysmans, Sekretär.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juni 1907.

Berichtigung. In dem Artikel „Eine Thronrede“ in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ sind aus Versehen bei der Zusammenstellung des Druckes die Trennungsschleichen fortgelassen, die den letzten Absatz: „Die österreichischen Verhältnisse sind anders geartet“ usw. als eine dem Bericht von der Redaktion des „Vor-

wärts" hinzugefügte Meinungsäußerung kennzeichnet. Im falschen Sinne vorzubringen, bemerken wir deshalb, daß dieser Abfall nicht zum Bericht unseres Wiener Mitarbeiters gehört, sondern von uns dem Bericht angehängt worden ist.

Bilow-offizielle Stimmungsmache.

Fürst Bilow scheint zu befürchten, daß das Ergebnis seiner Reise an das Kieler Hoflager doch trotz aller ihrer Hoffnungs-fähigkeit die Freisinnigen gegen die Wilhowsche Blockpolitik verstimmen könnte. Der „Köln. Ztg.“ ist deshalb die schöne Aufgabe zugefallen, in einem langen Bilow-offiziösen Telegramm aus Berlin den Freisinnigen zu versichern, daß die Blockpolitik durch den erfolgten Ministerwechsel durchaus nicht gefährdet sei und Bilow trotz aller Schwierigkeiten die „Durchführung der Blockpolitik“ noch immer für möglich halte.

Bei den engen Beziehungen, die zwischen dem Reich und Preußen bestehen, heißt es in dieser Stimmungsmache, „kann die Durchführung einer solchen Politik nur dann erfolgreich und gegenbringend sein, wenn sie zugleich auf das Reich und auf Preußen angewandt wird. Theoretisch sind beide getrennt und verfolgen in der inneren Politik, soweit nicht Landesrechte auf das Reich übergegangen sind, ihre eigenen Bahnen, praktisch aber ist es ein Ding, daß in Preußen, dem größten Bundesstaat, nach anderen Grundgesetzen regiert wird als im Reich. Abweichungen könnten vielleicht gestattet werden, soweit sie die Nuancen betreffen, Uebereinstimmung muß dagegen in den Grundzügen hergestellt werden, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß die zwei größten Organisationen im Deutschen Reich nicht mit derjenigen Gleichmäßigkeit und Ergänzung arbeiten, die für das Gedeihen des Ganzen nötig ist. Soll die Blockpolitik erstlich durchgeführt werden, so muß sachlich ihr Geist sich gleichmäßig auf Deutschland und Preußen erstrecken, zugleich muß aber auch nach der persönlichen Seite hin die Bürgerschaft geboten werden, daß die leitenden Persönlichkeiten nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich aus vollster Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Richtigkeit der neuen Politik durchdrungen sind. Von keiner Seite ist es begehrt worden, daß die konservativ-liberale Paarung ein Unternehmen ist, das mit vielfachen und ersten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es gibt zahlreiche Politiker, die diese Schwierigkeiten so hoch einschätzen, daß sie die Durchführung der Blockpolitik überhaupt nicht für möglich halten. Zu ihnen gehört der Reichskanzler nicht, und wenn diese seine Meinung manchmal optimistisch erscheinen mag, so muß zugegeben werden, daß sein bei anderen Gelegenheiten bewährter Optimismus gegenüber der Ansicht anderer die Probe bestanden hat.“

Bei einem großen Teil der Freisinnigen hätte es, wie die Neuherrn ihrer Presse zeigen, dieses Apells an ihre Hoffnungs-fähigkeit gar nicht bedurft. Auch die neueste Entlassung hat ihre Illusionsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Noch immer begreifen sie nicht, wie trefflich der Spruch auf ihr Verhalten paßt:

Hoffen und Harren
Nacht manchen zum Narren.

Pofadowsky und die Scharfmacher.

Zwei Blätter, die zur Wilhelmstraße gute Beziehungen haben, die „Köln. Ztg.“ und die „Frankf. Ztg.“, vernichten gleichzeitig, daß Graf Pofadowsky wegen seiner sozialpolitischen Anschauungen hat gehen müssen. Nur sein Gegensatz zu den politischen Ansichten Bilows, vornehmlich seine Stellungnahme gegen die sogenannte Blockpolitik, soll seinen Fall herbeigeführt haben. Die „Köln. Ztg.“ leistet sich sogar in einem Berliner Telegramm eine lange Polemik gegen den Leitartikel unserer Sonntagsnummer, in der sie behauptet, daß die Ansicht, Pofadowskys Verabschiedung hänge mit sozialpolitischen Fragen zusammen und die Folge seines Rücktritts werde eine weitere Einschränkung der offiziellen Sozialpolitik sein, auf grundfalschen Voraussetzungen beruht. „Vielleicht“, heißt es in dieser Inspiration, „aber lohnt es der Mühe, darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, Pofadowsky sei dem Großkapital und dem Scharfmachertum geopfert worden, jedweder Begründung entbehrt. Unzweifelhaft hatte er in denjenigen Kreisen, die der „Vorwärts“ hier im Auge hat, entschiedene Gegner; es muß aber im Interesse der Wahrheit und zur Verhütung von Legendenbildung mit allem Nachdruck betont werden, daß diese Kreise mit dem Rücktritt des Grafen Pofadowsky nicht das geringste zu tun hatten, und daß ihre Anschauungen auf das Geschehene ohne jeden Einfluß geblieben sind.“

Die Geflossenheit, mit der hier jede Rückwirkung der Verabschiedung des bisherigen „Ministers für Sozialpolitik“ auf die Fortsetzung der Sozialpolitik bestritten wird, beweist zwar, daß man in der Wilhelmstraße nicht den Anschein aufkommen lassen möchte, als wäre Pofadowsky den anti-sozialpolitischen Anfeindungen der nationalliberal-großindustriellen und der agrarischen Scharfmacher zum Opfer gefallen; aber irgendwelche Beweisskraft haben die obigen halbhoffiziosen Äußerungen der „Köln. Ztg.“ nicht. Es mag richtig sein, daß der Reichskanzler über seine diplomatische Tüchtigkeit spöttelnden Staatssekretär des Reichsamt des Innern gerne losgeworden ist; doch mindestens ebenso richtig ist, daß in den letzten Wochen die Scharfmacherpresse gegen den Unbequemen mit den gemeinsten Verbärtigungen gearbeitet hat. Noch am Freitagmittag brachte die „Mhein.-Westf. Ztg.“ einen „Werkwürdigen“ betitelten Leitartikel, in dem das Blatt der Rechen- und Hüttenbarone Pofadowsky vorwarf, er hätte zur Zeit des russisch-japanischen Krieges die Stärke Japans unterschätzt, sich gegen die Auflösung des Reichstages am 13. Dezember vorigen Jahres ausgesprochen, zur Liebenberger Tafelrunde in „Interessensolidarität“ gestanden und die über ihn in Berlin verbreiteten „Gerüchte“ nicht widerlegt — wahrscheinlich weil er sie nicht widerlegen konnte.

Freisinnige Eifersüchteleien.

Die Freisinnige Vereinigung verschiebt an die Redaktionen der Gewerkezeitschriften und an die gewerkevereintlichen Ortsverbände Aufforderungen, in welchen sie die Gewerkevereinsmitglieder mahnt, ihren „politischen Bürgerpflichten“ zu genügen und in die Freisinnige Vereinigung einzutreten. Der „Freisinnigen Zeitung“ geben diese von dem Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine, dem „Gewerkeverein“, zurückgewiesenen Werbungsversuche Anlaß zu folgendem niedlichen Ausfall gegen die freisinnigen Brüder von der anderen Fakultät:

„Soweit der „Gewerkeverein“. Es ist bezeichnend, daß eine vom Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung, Fr. Weinhausen, verbreitete Flugchrift die im Wahlverein der Liberalen organisierte Freisinnige Vereinigung als die den Interessen der Gewerkevereine „am meisten und ausgeprägtesten entsprechende Partei“ hinstellt — wohl gemerkt, der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine, deren Hauptbegründer Dr. Max Hirsch ebenso auf dem Boden der Freisinnigen Volkspartei stand wie der heutige Vorsitzende der Gewerkevereine, Karl Goldschmidt, der im preussischen Landtag der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei angehört. Trotz dieser persönlichen Verhältnisse hat es die Freisinnige Volkspartei bisher unterlassen, zu ihren Gunsten die Gewerkevereine zu beeinflussen. Die Flugchrift aber sucht tatsächlich im einseitigen Fraktionsinteresse der Freisinnigen Vereinigung gegen die Frei-

sinnige Volkspartei in den Gewerkevereinen Stimmung zu machen, und scheut dabei nicht davor zurück, auf die Politik-lämpfe zurückzukommen, bei denen doch die Freisinnige Vereinigung in ihrem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie eine heute selbst in den Kreisen der Freisinnigen Vereinigung nicht mehr gebilligte Haltung eingenommen hat. Charakteristisch ist auch, daß die Flugchrift von der Sozialdemokratie zwar sagt, sie sei „politisch unfruchtbar“ und jage auch heute noch allerlei haltlosen und unerreichbaren Zielen nach; sie besitze auch deshalb „keinen wirklichen Einfluß auf die Gesetzgebung“ und sei die „Partei der großen Worte und der politischen Bedeutungslosigkeit“; sie sei ferner die Partei der Gewerkschaften, „die an schroffer Kampfweise gegen die Gewerkevereine mit den christlichen Gewerkschaften wetteifere und durch brutale, terroristische Vergewaltigungen schon zahllose Gewerkevereiner brotlos gemacht und sie mit ihren Familien in Not und Elend gestürzt habe“. Dessen ungeachtet nimmt aber die Flugchrift niemals auf die Abg. Broemel und Dr. Pachnide, die doch auch sozusagen der Freisinnigen Vereinigungen angehören, Bezug, sondern nur auf D. Friedrich Raumann und Theodor Barth, die der Sozialdemokratie doch näher stehen, als irgend welche anderen Volksvertreter im Reichstag und Landtag.“

Das Blatt scheint die Spuren seines großen Gründers, Eugen Richters, wiedergefunden zu haben. —

Lehrerbildungsgesetz.

Das Kultusministerium läßt, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, durch die verschiedenen Bezirksregierungen feststellen, wieviel Nebeneinkommen die einzelnen Lehrpersonen der Volksschulen beziehen aus ihrer nicht amtlichen Tätigkeit im Staats- und Kommunaldienst, ferner als Kassenverwalter, Sekretäre usw. von gemeinnützigen Veranstaltungen, aus nicht mit ihrem Amt verbundenem Kirchendienst, aus Agenturen, literarischer Tätigkeit, durch Privatunterricht, als Leiter von Gesangsvereinen usw. Es handelt sich hierbei in letzter Linie nicht darum, das Nebeneinkommen der Einzelpersonen zu ermitteln, sondern es soll die Gesamtsumme festgestellt werden, die den Lehrern und Lehrerinnen der Monarchie aus außeramtlicher Tätigkeit zufließt. Die Erhebungen stehen dem Vernehmen nach „zu dem bevorstehenden Lehrerbildungsgesetz in Beziehung“ — d. h. bei den Gehaltsfestsetzungen sollen diese Nebeneinkommen in Anrechnung gebracht werden. —

Erfundener Massenprotest.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weicht von einem großen sozialdemokratischen Massenprotest zu berichten, der vom Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin geplant sein soll. In allen Wahlkreisen Berlins sowie in den Vororten, versichert sie, würden an einem Abend im Juli große öffentliche Volksversammlungen stattfinden, in denen gegen die Auflösung der Duma und die Verhaftung der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten protestiert werden solle.

An dem ganzen Geschwätz ist kein wahres Wort. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist einer leeren Erfindung zum Opfer gefallen. —

Erklärung.

Den neu ernannten Kultusminister Herrn Dr. Holle hat der „Köln. Anzeiger“ bereits gestern ausfragen lassen, und teilt nun seiner freudig erkannten Forscher mit, was er dabei Wichtiges erfahren habe. Es ist in der Tat sehr interessant. Neben einigen Angaben über die Persönlichkeit und den Lebenslauf des neuen Ministers erzählt man, daß er in einem früheren Amt bei Angelegenheiten, die sich auf das konfessionelle Gebiet bezogen, „den Grundsatz „friedlich — friedlich — jedem das Seine“ zur Anwendung gebracht“ habe. Weiter sagte der Minister: „Mein Standpunkt wird der sein, dasjenige zu leisten, was das praktische Bedürfnis erfordert.“

So, nun weiß jeder, was der Minister tun wird. —

Die Blamage unserer Ruffenhat-Polizei.

Wir erhalten folgendes Schreiben, dem wir gern Raum geben: Charlottenburg, am 20. Juni 1907.

Geehrte Redaktion!

Wir bitten um Entschuldigung, wenn wir den Raum Ihrer geschätzten Zeitung für ein paar Zeilen in Anspruch nehmen. Aus Anlaß der bekannten Durchsuchung, die am 23. Mai d. J. in der Tschekow-Lesehalle zu Charlottenburg abgehalten wurde, sind gegen diese Lesehalle zahlreiche Beschuldigungen erhoben worden, die sich zwar meist widersprechen, aber doch zum Teil Glauben fanden und in der deutschen Öffentlichkeit eine Mißstimmung gegen diese Lesehalle erzeugten, die uns nicht gleichgültig bleiben kann. Wir haben bisher das Wort zur Klarstellung nicht selbst ergreifen, weil wir zunächst den Ausgang der verschiedenen Prozesse abwarten wollten, die gegen einige am 23. Mai verhaftete Russen anhängig gemacht wurden. Nachdem diese Prozesse jetzt dadurch ihre Erledigung gefunden haben, daß ein Student Moses Umanoff und ein Gärtner Reize, die übrigens beide niemals Mitglieder unserer Lesehalle waren, wegen geringfügiger Delikte unpolitischen Charakters zu je 20 R. Geldstrafe verurteilt worden sind, dürfte die Unhaltbarkeit der gegen uns erhobenen Vorwürfe auf denjenigen Kreisen ersichtlich geworden sein, die bisher Grund zum Mißtrauen gegen uns zu haben vermeinten. Wir wollen indes noch einmal folgendes mit allem Nachdruck betonen:

Die Tschekow-Lesehalle ist in der Tat nur als Lesehalle gegründet und als eine Lesehalle geleitet worden. Sie ist weder ein „anarchistisch-terroristisches Unternehmen“, noch auch ein „Sammel-punkt oder Hauptquartier eines Terroristenbundes“, noch eine „Zusammenkunftsstelle für allerlei lichtisches Gesindel“, noch auch eine Einrichtung der sozialdemokratischen Partei Rußlands oder irgend einer anderen politischen Partei. In unserer Lesehalle sind niemals unangemeldete Versammlungen abgehalten worden. Die einzigen Versammlungen, die in ihr stattfanden, waren geschäftliche Sitzungen, deren Abhaltung der Polizei bekanntgegeben war. Unzutreffend ist, daß eines der Protokolle über diese Sitzungen einen Anhalt dafür gebe, daß die Lesehalle eine Art Agitatoren-schule gewesen sei. Auch die diebezügliche Meldung der Zeitungen beruht auf einem Mißverständnis oder auf irriger Information. In unserer Lesehalle ist niemals ein Stempel mit der Aufschrift „Sozial-revolutionäre Partei“ oder dergleichen benutzt worden. Wir haben einen derartigen Stempel niemals besessen und halten es auch für ausgeschlossen, daß jemals ein solcher Stempel in den Räumen der Lesehalle gefunden worden ist. Wenn einige unserer Mitglieder Anarchisten gewesen sein sollten — Selbstoff aber wer jedenfalls niemals Mitglied der Tschekow-Lesehalle —, so bemerken wir, daß wir als durchaus unpolitische und parteilose Unternehmen uns naturgemäß um die politische Gesinnung unserer Mitglieder nicht kümmern konnten, daß wir aber auch, selbst wenn wir uns darum hätten kümmern wollen, nicht imstande gewesen wären, Klarheit über das politische Aredo jedes einzelnen zu gewinnen. Daß die Bibliothek der Tschekow-Lesehalle auch politische Bücher und Broschüren enthielt, bedarf keiner Entschuldigung. Fast die gesamte gegenwärtige Literatur Rußlands ist politischen Charakters. Eine große Zahl der beschlagnahmten Schriften stammt aus älterer Zeit und aus einer Privatbibliothek, die uns geschenktweise überlassen worden ist.

Daß durch Berlin und Charlottenburg reisende Russen mit einer gewissen Vorliebe auch unsere Lesehalle aufzusuchen pflegten, dürfte gleichfalls keinen Anlaß zu einer Verdächtigung unserer Bestrebungen abgeben. Man möge die besondere Lage eines Ausländers und oft der deutschen Sprache Unkundigen berücksichtigen, der ohne jeden Anhang nach einer Stadt wie Berlin kommt.

Die Tschekow-Lesehalle ist erst im Herbstjahr 1906 gegründet worden und damals der Polizei unter Uebereinkunft des Statuts angemeldet worden. Die Mitglieder der Lesehalle sind stets der Polizei angemeldet worden. Unser gesamter Betrieb hat sich ge-wissermaßen vor den Augen der Polizei abgepielt.

Indem wir Ihnen im voraus für die freundliche Aufnahme der vorstehenden Zeilen verbindlich danken, zeichnen wir

Gochachtungsvoll

Der Vorstand der Tschekow-Lesehalle zu Charlottenburg.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand der Russischen Salthlon-Lesehalle zu Berlin schließt sich der obigen Erklärung der Tschekow-Lesehalle zu Charlottenburg in allen Punkten an. Alles in bezug auf die Charlottenburger Lesehalle Angeführte gilt entsprechend auch für die Salthlon-Lesehalle, die gleichfalls die Beschuldigung von sich weist, ein politisches Unternehmen zu sein, vielmehr nichts ist als eine wirkliche Lesehalle unpolitischen Charakters.

Berlin am 20. Juni 1907.

Der Vorstand der Russischen studentischen Salthlon-Lesehalle zu Berlin.

Schweiz.

Die Finanzierung der neuen Militärorganisation und der Unfall- und Krankenversicherung.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses in der Schweiz steht gegenwärtig das Schicksal der neuen Militärorganisation, gegen welche seitens der schweizerischen sozialdemokratischen Partei das Referendum ergriffen worden ist. Die Referendumsfrist läuft erst am 18. Juli ab, die nötige Unterschriftenzahl, 30 000, soll aber bereits vorhanden sein. Als der Beschluß, das Referendum zu ergreifen, gefaßt wurde, hatte man über die finanzielle Tragweite der Reorganisation des Militärwesens noch keine genauen Anhaltspunkte. Man sprach von 3 bis 4 Millionen Mehrausgaben pro Jahr. Aus dem Berichte über die finanzielle Lage des Bundes, den der Bundesrat im Juli dem Bundesrat in den letzten Tagen in der Bundesversammlung vorlegte, ergibt sich nun, daß die jährliche Mehrausgabe auf 5 Millionen Frank veranschlagt werden muß. Der Bundesrat ist nun der Meinung, daß nicht nur diese Mehrausgabe, sondern auch die Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung, die in einem Entwurf vorliegt, und deren Kosten auf jährlich 7 Millionen Frank geschätzt werden, mit Rücksicht auf die Steigerung der Einnahmen in das ordentliche Budget eingeeilt werden könne. Es soll also von der Schaffung neuer Einnahmequellen zur Finanzierung der beiden Vorlagen Abstand genommen werden. Die Folge würde sein, und der Bundesrat gibt das in seinem Bericht auch unumwunden zu, daß die finanzielle Lage des Bundes für die Zukunft keine rosige wäre. Man müsse sich Einschränkungen auferlegen, sagt der Bericht, und man dürfe nicht mehr mit der Bereitwilligkeit, wie sie bisher üblich gewesen sei, Verwaltungsreformen zustimmen und organische Gesetze erlassen, weil das Budget über die zu deren Durchführung nötigen Mittel nicht mehr verfügen werde.

Diese Ausführungen für die Zukunft sind vom Bundesrat gerade zur rechten Zeit eröffnet worden; sie werden dazu beitragen, daß die Unterschriftensammlung für die Volksabstimmung über die Militärreorganisation mit noch größerem Eifer als bisher betrieben wird und daß mancher Bürger sich der Referendumsbewegung anschließt, der sich bisher ihr gegenüber ablehnend oder indifferent verhalten hat. Weitere 5 Millionen jährlich für den Militärmoloch und als Kompensation eine Verlangsamung der sozialen Gesetzgebung, die ohnehin schon den Schneckengang geht, das ist eine zu starke Zumutung.

Die 7 Millionen, die der Bundesrat für die Finanzierung der Kranken- und Unfallversicherung in das Budget aufnehmen will, werden knapp ausreichen für die Leistungen, die der bundesrätliche Gesetzentwurf vorsieht. Das Gesetz wird aber kaum Ausfichten haben, in der Volksabstimmung angenommen zu werden, wenn die Leistungen der Versicherung in verschiedenen Punkten nicht noch ganz erheblich heraufgesetzt werden. Die Fürsorge für Wöchnerinnen ist ungenügend geregelt, Krankengeld und Invalidenrente infolge Unfalls sollen 20-40 Proz. weniger betragen als unter dem bestehenden Haftpflichtrecht. Die Zahl der Segner der Vorlage ist deshalb sehr groß, und wenn man vermeiden will, daß dem neuen Entwurf das gleiche Schicksal zuteil werde wie dem Gesetz von 1890, das mit wichtiger Rechtzeit verworfen wurde, so wird man zum allermindesten die Leistungen für die Wöchnerinnen und die Anlässe für Krankengeld und Invalidenrente derart erhöhen müssen, daß statt 7 Millionen 8 bis 9 nötig werden. Reicht aber das ordentliche Budget schon für 7 Millionen nur sehr knapp aus, so wird für den größeren Beitrag die Schaffung neuer Einnahmequellen kaum zu umgehen sein, es sei denn, daß es gelingt, die Militärreorganisation zu Fall zu bringen. Auf diese Weise würden weitere 5 Millionen frei, die für das Kranken- und Unfallversicherungs-werk verwendet werden könnten. —

Italien.

Das Gesetz für Rom vor der Kammer.

Rom, 22. Juni. (Fig. Ver.)
Trotz der energischen Agitation eines Teils der bürgerlichen Presse der Hauptstadt ist das Gesetz für Rom in der Kommissionsfassung, die ganz unwesentlich von der des Regierungsentwurfs abweicht, angenommen worden. Das neue Gesetz wird der Boden- und Bauplatz-Spekulation ganz ernstlich einen Riegel vorschieben. Enthält es doch z. B. die Bestimmung, daß jeder im Bereich des neuen Stadtplans liegende Bauplatz bis auf 8 Proz. seines Wertes besteuert werden kann. Für die Bestimmung des Wertes ist Selbstinschätzung vorgegeben, aber die Stadtverwaltung hat das Recht, das Grundstück zum Einschätzungspreise zu erwerben. So stehen die Besitzer von Bauplätzen vor der Alternative, entweder eine hohe Steuer zu zahlen oder zu riskieren, für niedrigen Preis expropriert zu werden. Auch die Spekulation ist bedeutend eingeschränkt, da die Wertangabe nur von 25 zu 25 Jahren wechseln kann. Allerdings sind Gärten und Parks von der Steuer befreit. Wird aber ein Garten oder Park nachträglich zum Bauplatz und wird er als solcher verkauft, so sind alle Steuerraten seit Inkrafttreten des Gesetzes nach-zuzahlen!

Bei der Diskussion der einschlägigen Artikel sagte Giolitti: „Es ist gewiß berechtigt, wenn ein Bauplatzbesitzer beim Verkauf Geld verdienen will; es ist aber nicht minder berechtigt, wenn die Stadt Rom sich den Raum schafft, den sie für ihre Ausdehnung braucht.“ — Die Hälfte der Bauplatzsteuer fließt übrigens dem Institut für Arbeiterwohnungen zu.

Ein Amendement, das die Reichsdepositenkasse ermächtigt, 20 Millionen Lire für ein zu gründendes Institut zum Bau von Beamtenwohnungen zu möglichem Zinsfuß (4 Proz.) zu geben, wurde von der Regierung angenommen und ging mit großer Mehrheit durch, ebenso die zehnjährige Steuerfreiheit für diese Wohnungen. Ueber die weiteren Bestimmungen des Gesetzes haben wir seinerzeit ausführlich berichtet.

Das Gesetz hat nun noch zwei Klippen zu überwinden: den Senat und eventuell die „passive Resistenz“ der Stadtverwaltung. Im Senat hat natürlich der Großgrundbesitz und der Hochadel — der in Rom viel in Bauplätzen spekuliert — eine starke Vertretung, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die alten Herren der ersten Kammer das Gesetz in seiner heutigen radikalen Form ablehnen. Schwerer zu nehmen wären aber die Hindernisse, die der Stadtrat von Rom der Ausführung des Gesetzes entgegenstellen kann; denn die Expropriation der Bauplätze, die zu niedrigem Wert eingeschätzt sind, ist fakultativ. Sobald sich also die Stadtverwaltung mit den Besitzern ins Einvernehmen setzt, kann sie den ganzen Zweck des Gesetzes vereiteln: Sie expropriert einfach die Besitzer nicht, auch wenn diese den Wert ihrer Bauplätze nur auf ein Zehntel des wirklichen Wertes angeben und also nur ein Zehntel versteuern. — Die bevorstehenden partiellen Wahlen der römischen Stadtvertretung

werden einen bedeutenden Einfluß auf die Wirksamkeit des neuen Gesetzes und auf die Beseitigung der Wohnungsnot haben.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Hausdiener als Bauarbeiter.

Das Warenhaus Herrn Tieg, welches am Alexanderplatz einen Erweiterungsbau ausführen läßt, scheint durch die Willkür der Bauunternehmer in arge Verlegenheit geraten zu sein. Um die Arbeiten durch die Aussperrung nicht allzusehr aufhalten zu lassen, glaubt Herr Tieg sich dadurch helfen zu sollen, daß er einfach einen Teil der Hausdiener aus dem Geschäft in der Leipzigerstraße sowohl wie vom Alexanderplatz dazu bestimmt, sogenannte Notstandsarbeiten an seinem Bau auszuführen. Eine derartige Handlungsweise von ihrem Chef hätten sich die Proletarier des Handelsgewerbes sicher nicht träumen lassen. Hätte man den Hausdienern aus der Leipzigerstraße der Wahrheit gemäß gleich erklärt, daß es sich um Streikarbeit handelt, würden diese eine derartige Zumutung zurückgewiesen haben. Man sagte ihnen, sie sollten dem Hause Leipzigerstraße Ehre machen. Ob das Ironie war, das zu beurteilen überlassen wir unseren Lesern. Wie wir erfahren, hat der Verein Berliner Hausdiener vom Deutschen Transportarbeiterverband, welcher von der Sache Kenntnis erhielt, sofort Einspruch erhoben, und läßt Herr Tieg nunmehr Bauarbeiten nicht mehr von seinen Hausdienern ausführen.

In drei Mitgliederversammlungen, bei Walfischmieder in der Badstraße, bei Buggenhagen am Moritzplatz und bei Ost in Schönberg, nahmen die zentralorganisierten Bauhilfsarbeiter am Sonntagvormittag den Bericht über den Stand ihrer Bewegung entgegen und berieten über ihre fernere Haltung. Den Bericht gaben die Vertreter der Streikleitungen Stribow, Heidemann und Koal. Seit der großen Streikversammlung am Freitag waren wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Die Zahl der Unternehmern, die die Forderungen anerkannt haben, war bis Sonnabendabend auf 699 gestiegen. Ein immer größerer Teil der kleinen Bauunternehmer scheint zu der Einsicht zu kommen, daß sie es sind, die den schwersten Schaden davon haben, wenn sie die Anerkennung der Forderungen noch weiter hinausschieben.

Für die drei Bauberufe — Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer — wurde die Zahl derer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten, auf 9949 angegeben, die Zahl der Streikenden auf 13886. Die Unternehmer geben sich beunruhigt die größte Mühe, um durch Versendung von allerlei Aufforderungen bis zum 1. Juli die nötigen Arbeitswilligen heranzuziehen. Daß sie ihren Zweck nicht erreichen werden, dafür zeugen diese Bündel solcher Schriftstücke, die sich schon in den Händen der Streikleitungen befinden. Auch der Umstand, daß man frankierte Briefumschläge beilegt, vermag die Empfänger nicht zu reizen, auf die beleidigende Zumutung einzugehen. Von verschiedenen derartigen Schriftstücken scheint folgendes der Firma Söschens u. Pöschke besonders erwähnenswert, weil es nicht nur die Zumutung sondern auch die für einen organisierten Arbeiter noch mehr beleidigende Voraussetzung enthält, daß der Empfänger zu den Arbeitswilligen gehöre:

„Der Verband der Baugeschäfte hat angeordnet, daß Arbeitswillige zu den alten Bedingungen einzustellen seien. Wenn Sie, wie wir annehmen, zu diesen gehören und sich den schönen Verdienst nicht entgehen lassen wollen, eruchen wir Sie, von den belagerten beiden Schriftstücken Kenntnis zu nehmen und das eine, mit ihrer Unterschrift versehen, und zurückzusenden, worauf wir das Weitere veranlassen werden.“

Wie die Bauarbeiter über dieses Ansinnen und den schönen Verdienst denken, brachten sie durch Annahme folgender Resolution zum Ausdruck:

„Die heutige Versammlung der Bauarbeiter nimmt Kenntnis von dem Vorhaben der Unternehmer, welches darauf gerichtet ist, am 1. Juli ihre Arbeitsplätze den Aussperrten wieder zu öffnen. Da aus den Versammlungsberichten der Arbeitgeber klipp und klar hervorgeht, daß selbige der Ansicht sind, die Aussperrten und Streikenden werden an diesem Termin vor Hunger die Arbeitsplätze aufsuchen und zufrieden sein, daß ihnen Arbeit geboten wird, andererseits aber auch einige Unternehmer herkommen und in Mundschreien an ihre ehemaligen Arbeiter von dem Entgehen des guten Verdienstes reden, die Arbeitgeber sehr gut wissen, daß der Verdienst der Bauarbeiter in Wirklichkeit derart ist, daß er angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse einer Aufbesserung bedarf, so empfiehlt die Versammlung den Arbeitgebern im Baugewerbe, einmal selbst eine Zeitlang das Handwerk eines Bauarbeiters auszuüben und selbst eigenhändig einen solchen schönen Verdienst in Empfang zu nehmen und davon zu leben. Erst nach diesen Erfahrungen werden die Arbeitgeber die Existenz eines Bauarbeiters zu würdigen verstehen.“

Die Versammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß von der nunmehrigen Forderung nichts mehr abgesehen werden kann, daß dies vielmehr das minimale ist, welches gefordert werden und auch durchgesetzt werden muß. Sie verpflichtet sich ferner, dahin zu streben, daß das Ansinnen, welches die Arbeitgeber nunmehr an die Arbeiter stellen, gründlich vereitelt wird und daß kein Bauarbeiter dem Ruf der Unternehmer, Arbeit bei ihnen anzunehmen, folgt, bis entweder jeder Arbeitgeber für sich oder die Arbeitgeberorganisation insgesamt die Forderung der Aussperrten und Streikenden anerkannt hat.

Im übrigen wurde in den Versammlungen über verschiedene Fälle von polizeilicher Verhaftung der Streikposten oder solcher Leute, die man dafür hielt, berichtet. Auch dunkle Ehrenmänner treiben ihr lichtscheues Gewerbe im Interesse des Unternehmertums. So wollte sich kürzlich in Rixdorf ein Mann in die Streiklisten aufnehmen lassen, der den Listenführern sogleich verdächtig vorkam. Man sandte ihn deshalb in Begleitung zweier Streikenden nach dem Engel-Ufer. Aber kaum war man unterwegs, da verschwand der „wertige Kollege“ im Polizeibureau und ward nicht mehr gesehen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Bäckergewerbe.

Ein Erfolg der Innung.

Heil, die Innung hat einen Erfolg zu verzeichnen! Die Bäckereinung „Germania“ hat dem Oberbürgermeister Kirchner eine Beschwerde unterbreitet, die sich gegen den Gewerbegerichtsvorsitzenden, Magistratsrat v. Schulz, richtet, weil dieser der Innung die Mitteilung des Schiedsspruches des Einigungsamtes in Sachen der Forderungen der Bäckereiarbeiter verweigert hatte. Herr Kirchner hat die Beschwerde dahin beantwortet:

„Der in dem gefälligen Schreiben vom 22. Mai d. J. gestellte Antrag auf Erteilung einer Abschrift des Schiedsspruches vom 14. Mai hat inzwischen dadurch seine Erledigung gefunden, daß dieser Schiedsspruch, der übrigens schon vorher vielfach in der Tagespresse mitgeteilt worden war, im Gemeindeblatt vom 2. Juni amtlich bekannt gemacht worden ist. Ich habe aber dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts eröffnet, daß eine Innung als eine Korporation des öffentlichen Rechts, welcher die Förderung des geschäftlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen gesetzlich obliegt, regelmäßig, auch ohne Angabe besonderer Gründe berechtigt erscheint, von einem für Mitglieder ihres Gewerbes ergangenen Schiedsspruch des Einigungsamtes Kenntnis zu erhalten und ihn ersucht, künftig den Anträgen auf Mitteilung solcher Schiedssprüche, wenn nicht besondere Hindernisgründe vorliegen, stattzugeben.“

Den „Germania“-Männern ist dieser — Erfolg zu gönnen; wir bezweifeln aber, daß er die gedrückte Stimmung auf dem Innungsbureau sonderlich heben wird. Gefellen verziehen sich dorthin sehr selten; mehr wie 1—2 Mann pro Tag kommen nicht heraus. Dafür stellen sich um zahlreicher mißmutige Meister ein, die aber noch mißmutiger sich erweisen, wie sie kommen. Der bisherige Kampf hat ihre Erwartungen getäuscht und nun kommen sie in dem bedrückenden Gefühl: Wir, die stolzen Meister, müssen nun Unterstützung holen! Immerhin, der Gedanke, wenigstens die direkten finanziellen Schäden, die sie durch den Innungsterrorismus erlitten haben, ersetzt zu bekommen, tröstet etwas. Aber bald folgt die Enttäuschung! Das, was ihnen geboten wird, steht mit dem, was man erwartete, in gar keinem Verhältnis. Der Hinweis darauf, daß man den Verband schodenerfähig machen werde, ist ein schlechter Trost für die leere Kasse. Mit der Adresse des Rechtsanwalts, der die Regreßklagen vertreten soll, können die Leute keinen Sad Mehl kaufen. Und es kommt zu unerquicklichen Szenen bei der — „Germania“.

Manche Meister werden durch die Erfahrungen ja gewöhnt, andere arbeiten sich immer tiefer in Hoff und Mut gegen die Verhandlung hinein und bringen dann die giftigsten Eingebungen zu Papier. Traurige Beweise christlicher Erziehung sind es, die den Verbandsführern täglich in Gestalt anonymen Postkarten und Briefe zufliegen. Hier ein paar Proben:

Strolch verdammter bist Du noch nicht fort mit Deiner alten Karline Bluthund von kann wohl ein Mensch wie die Bäckergesellen so dumm sein und dir ihr Geld hin tragen ein dreifacher Lohd Dir Hund und damit gut Gottesgericht wir dir treffe.

Schandhube Lastermaul Strolch Wie kann bloß ein Mensch der seine 5 Sinne hat Deine Lüge glauben sich Dir nah ein halbes se Ende um, das der Täufel nicht kommt und dir holt Die armen Bäckergesellen zieht der Kerl aus bis aufs Hemd die müssen blechen Du fauler Lump lerne erst arbeiten und wenn die Gesellen noch mehr freie Zeit haben tragen Sie Dir aus Feilberreis noch mehr hin damit Du mit dem alten Pflanze kauf ein dicker Wilhelm machen u das alles für di Gesellen ihr die Nacharbeit abschaffen u die Plunders l. Frühstül schite einer für alle.

Wir gratulieren die Innungsmeister und ihre gelben Helfer zu solchen Miststreitern.

Der Brotfabrikant Wittler hat die Brotfabrik von Simons in Oranienburg übernommen und wendet sich in einem Flugblatt an die Bevölkerung, seine Ware zu kaufen. Der Verband der Bäcker wird auf das Flugblatt morgen noch ausführlich antworten. Da Herr Wittler sich der Vereinigung der Arbeitgeber der Großbetriebe im Bäckergewerbe angeschlossen und auf deren Anordnung seine Bewilligung wieder zurückzog, müssen selbstverständlich seine Produkte als — bopfottiert betrachtet werden. Wir eruchen, das zu beachten!

Abschluß der Tarifbewegung der Dachdecker. In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung des Zentralverbandes der Dachdecker referierte Höppler über den Tarifabschluß. Er sagte unter anderem: Manchem mag die fünfjährige Vertragsdauer zu lang und die Ertragschancen zu gering erscheinen. Wenn auch nicht alles erreicht worden sei, was beim Beginn der Lohnbewegung gefordert wurde, so könnten die Arbeitnehmer doch mit dem Erfolge der Bewegung zufrieden sein. Eine halbe Stunde Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung sei immerhin ein annehmbarer Erfolg. Mit der jetzigen Einführung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit für die Dachdecker sei der Grundlag der Unternehmer: Nicht unter die 8 stündige Arbeitszeit im Baugewerbe hinunterzugehen, durchbrochen und wenn der soeben abgeschlossene Tarif abgelaufen ist, werde es ebenfalls ohne schwere Kämpfe gelingen, den Achtstundentag durchzusetzen. In demselben Sinne äußerten sich auch die Diskussionsredner. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, wodurch die Versammlung der Streikleitung, den Kollegen der auswärtigen Filialen und dem Zentralvorstand ihre Anerkennung für deren Verhalten während des Kampfes dank und Anerkennung ausdrückt.

Wachtung, Tagesierer! Die Bauten der Firma Kramer, Völkerstraße 1 und Rixdorf, Pannierstr. 26, sind für Arbeiter gesperrt. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1906. Die Mitgliederzahl ist gegen 1905 von 130 141 auf 151 717 gestiegen. Für die folgenden Zahlen sind immer die Jahre 1904, 1905 und 1906 gemeint. Lohnbewegungen ohne Streiks wurden 468, 487, 599 mit 20 200, 20 836 und 33 072 Beteiligten geführt; 241, 278, 374 Angriffsstreiks mit 13 008, 18 074 und 19 207 Beteiligten; Abwehrstreiks 108, 144, 178 mit 2406, 3172 und 3881 Beteiligten. An 15, 31, 76 Aussperrungen waren 5166, 11 623 und 11 818 Holzarbeiter beteiligt. Die Ausgaben für Streiks stiegen von 1 146 555 M. auf 1 176 068 und 1 658 804 M. Aus der Hauptklasse wurden davon 1 267 250 M., also 44 Proz. der Gesamtausgaben, bezahlt. Für Lohnbewegungen und Streiks wurden 1906 57 Proz. der Reineinnahmen verwendet. Die Erfolge der gesamten Lohnbewegungen im Jahre 1906 sind: für 100 049 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,08 M. pro Woche, für 72 617 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 2,7 Stunden pro Woche. An Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt 325 719 M. gegen 250 390 M. im Jahre 1905. Die Ausgabe für Reiseunterstützung stieg von 92 872 auf 110 070 M. im Jahre 1906. Die Gesamtergebnisunterstützung stieg von 80 801 auf 41 040 M., die Umzugsunterstützung von 24 712 auf 35 689 M. Am 1. Juli 1907 tritt die Krankenunterstützung in Kraft. Der Verband hatte ein an Kämpfen und Erfolgen reiches Jahr. Wie es scheint, werden die Unternehmer wohl noch etwas mit seiner „Zerschmetterung“ zu tun haben.

Metallarbeiterstreik in Kiel. Auf der Germaniawerft in Kiel ist ein Konflikt ausgebrochen. 200 Arbeiter haben die Arbeit niedergelagt. Luzug ist ferngehalten.

Ausland.

Trambahnerstreik in Neapel.

Nach fünfjähriger Dauer ist gestern der allgemeine Ausstand der Trambahner von Neapel beigelegt worden, nachdem er am Tage vorher zu einer Art Straßenaufrührer Anlaß gegeben hatte. Die häufigen Unglücksfälle der letzten Wochen, an denen der schlechte Zustand des Materials schuld ist, hatte die Trambahner bewegen, der Trambahn-Gesellschaft ein Memoriale vorzulegen, in dem Kontrolle der Bremsen, Verringerung der Arbeitszeit und andere Reformen gefordert wurden. Die Gewerkschaft drohte mit dem Streik, falls nicht binnen drei Tagen eine Antwort erfolgte, aber die Trambahner, ungeduldig und undiszipliniert, traten schon am zweiten Tage in den Ausstand. Dieser verlief ruhig, bis am 20. d. Mts. der Versuch der Gesellschaft, Streikbrecherwagen in Zirkulation zu setzen, zu jenen Tumulten führte, über die telegraphisch berichtet wurde. Am den Durchgang der Trams zu hindern, warfen die Frauen der Streikenden sich und ihre Kinder auf die Weisze. Während die Soldaten sie forttrugen, baute man ein paar Schritte weiter eine Barrikade aus Schutt, Straßenkehricht, Möbelstücken. Eine dieser Barrikaden erreichte die Höhe von einem Meter. So legte der Streikbrecherwagen, von Militär

eskortiert, in zwei Stunden eine Strecke von 15 Minuten zurück. Dabei wurde das Militär einem wahren Steinregen von Seiten der Frauen ausgesetzt, so daß man schließlich vorzog, die Wagen wieder zurückzuziehen. Am Tage darauf erklärte die Direktion bereit, mit den Arbeitern zu verhandeln und bewilligte einen Teil der Forderungen. Anstatt des bisherigen Zehnstundentages werden 9 1/2 Arbeitsstunden festgesetzt; die Regelung der Schichten wird einem Arbeiterausschuß übertragen. Die Streikenden können mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Von den 88 Verhaftungen, die am Donnerstag vorgenommen wurden, sind nur zwei aufrecht erhalten worden.

Generalarbeit der Bäcker in Rom.

Rom, 23. Juni. Infolge der Verschleppung des Gesehtournees, wonach die Nacharbeit untersagt werden soll, haben die Bäckergesellen ganz Italiens beschloffen, morgen in den Generalausstand zu treten.

Ausstand der Minenarbeiter.

Johannesburg, 24. Juni. Eine Massenversammlung der Ausständigen beschloß gestern abend, am 4. Juli alle Arbeiter aus den Minen zurückzuziehen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden oder die Regierung nicht einen obligatorischen Schiedsspruch durchsetze. Die Redner befürworteten einen Ausstand in allen Gewerben, wenn diese Resolution sich als erfolglos erweisen sollte.

Soziales.

Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter.

Die reichsgesetzliche Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter wird abermals auf die lange Bank geschoben. Man läßt Formulare über die Bedürfnisfrage zurzeit bei den Oberpräsidenten zirkulieren. Die seit länger als zwei Jahrzehnten selbst vom Reichstage als dringlich und spruchreif anerkannte Frage der Krankenversicherung ländlicher Arbeiter wünscht man nach einer Kotiz in der „Vossischen Ztg.“ in der Art zu regeln, daß ein Reichsgesetz die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter anordnet, die Durchführung aber dem Landesgesetz überlassen bleibt. Das wäre eine müßige und verkehrte Lösung der Versicherungsfrage. Müßig, weil ja schon heute die Einzelstaaten gesetzliche Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter einführen können und teilweise vorgenommen haben. Verkehrt, weil vom Standpunkte sozialer Fürsorge aus nicht der geringste Grund für einen Ausschluß der ländlichen Arbeiter vom Reichsrecht, alles aber dagegen spricht. Ebenso notwendig ist die Einbeziehung des Gesindes in die reichsgesetzliche Krankenversicherungspflicht. Jurztzt sind Landesgesetze zur Versicherung aller in land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen nur für Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Bremen, Neuh. J. L. und Sachsen-Meinungen erlassen. Gesindesversicherung haben landesgesetzlich Baden, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Hamburg, Württemberg und Lübeck eingeführt. Für den von Breußen rückständigsten Anschauungen geleiteten Geist der „Sozialpolitik“ ist bezeichnend, daß die Regierungen über die Bedürfnisfrage erst noch befragt werden sollen. In offenem Widerspruch mit der Notwendigkeit, die Rechtsverhältnisse der Arbeiter, die mal hier mal dort Arbeit suchen müssen, einheitlich zu regeln, tritt die herrschende Richtung für ein Reichsgesetz für die Landarbeiter und das Gesinde ein. Ein Reich — ein Recht für die Kapitalisten, möglichst vielerlei Recht für die Proletarier zur Förderung ihrer Rechtsunsicherheit ist der nationale Schicksalstraf der Agrarier, an deren Seite der Reichskanzler liegt.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll der achten ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. 167 Seiten. R. Janitzki, Berlin SO., Althaus-Platz 29.
Sozialer Monismus und seine Freunde von J. Reintz. 50 Bl. Verlag J. Ambrosius Barth, Leipzig.
Die Entwicklung des Christentums von den Uransängen bis zur Gegenwart. Von Dr. Otto Pfeiderer, 270 Seiten. München. J. F. Neumann Verlag. Preis geb. 4 M., geb. 5 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine neue Kaiserrede.

Kiel, 24. Juni. (B. L. B.) Der Kaiser hat heute morgen am Bord des japanischen Kreuzers „Tsubasa“ folgende Worte gesprochen: „Meine Herren! Ich heiße Sie und Ihre Schiffe in meinem Namen wie im Namen meiner Flotte und meines Landes in diesem Hafen herzlich willkommen. Ich weiß die gütige Absicht Seiner Majestät des Kaisers von Japan bei der Entsendung dieses Geschwaders nach Kiel in hohem Maße zu würdigen. Ich beglückwünsche Sie zu dem Aussehen ihrer Schiffe und ihrer vorzüglichen Mannschaften, und ich vertraue und hoffe, daß die japanische und die deutsche Flotte stets als gute Freunde und Kameraden zusammenwirken mögen, sowie daß ihre Flaggen stets Seite an Seite wehen mögen, zur Erhaltung von Frieden und Ordnung in der Welt.“

Reineidsprozeß.

Seuthen, 24. Juni. (B. L. B.) Die Frau des vom letzten Schwurgericht wegen Mordes zweimal zum Tode verurteilten Hochschülers Liberta wurde heute von der Strafkammer wegen dreier wissentlicher Meineide, die sie im Mordprozeß ihres Mannes geleistet hat, zu elf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Einrechnung der bereits wegen Weibhülfe an den Morden erkannten fünf Jahre Gefängnis.

Die arme Mauer.

Wiesbaden, 24. Juni. (B. L. B.) Bei Kettenschwalbach rannte ein Automobil infolge zu schnellen Fahrens um eine gefährliche Kurve mit voller Wucht gegen eine Gartenmauer. Die 60 Zentimeter starke Mauer wurde vollständig niedergeboren. Die Insassen aus Freudenstadt in Württemberg stürzten hinaus, einer brach den rechten Oberarm, der andere blieb unverletzt. Das Automobil wurde zertrümmert.

In die Wüste geschickt.

Petersburg, 24. Juni. (B. L. B.) Der Kommandeur und sämtliche Offiziere des Sappeurbataillons, welches am 18. d. Mts. in Kiew meuterte, wurden ihres Postens enthoben.

Meutereitruppen.

Obessa, 24. Juni. (B. L. B.) Im ersten Sappeurbataillon ist gleichfalls eine Meuterei ausgebrochen. Nur mit großer Mühe gelang es den herbeigerufenen Kosaken, die Ordnung wieder herzustellen. Hierbei wurden einige Soldaten verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Eine Schiffskatastrophe.

Santiago de Chile, 24. Juni. (B. L. B.) Der Dampfer „Santiago“, Eigentum der Pacific-Steampship-Company, erlitt bei einem Sturme 50 Seemeilen nördlich von Correl Schiffbruch. Es heißt, Mannschaft und Passagiere seien ungenommen mit Ausnahme zweier Personen.

Aus der Partei.

Dem Fortschritt der Presse. Auch die Genossen von Wiesbaden streben die Herausgabe eines eigenen Tagesblattes an. Als Vorbote und Werber für die Tageszeitung wollen sie zunächst eine Monatszeitung herausgeben.

Aus Industrie und Handel.

Wochenschau.

Aus den letzten Wochenbetrachtungen verschiedener Blätter.

„National-Zeitung“:

„Das große Ereignis, mit dem die verfloßene Woche, wie es schien, recht ungemüht begann, war am Schluß derselben bereits vergessen. Wer spricht heute noch von der Auflösung der zweiten Duma? Die „unabsehbaren Folgen“ des „Staatsstreiches“, die sich die radikalen Konnergeher davon versprochen, sind ausgeblieben, und nach wenigen Tagen schon konnten sogar die besonderen Schutzmaßnahmen in der russischen Hauptstadt bedeutend herabgemindert werden. Die Ruhe ist nirgends gestört worden, die Russen haben ohne Unterbrechung ihren Geschäften nachgehen können...

Kurzum, Rußland dürfte von nun an keine Schreden für westliche Beurteiler und Kapitalisten eingebüßt haben und die Zeiten, da aus einem Konflikt zwischen der russischen Staatsgewalt und russischen Volkswirtschaftern die Veranlassung zu blindwütigen Eingriffen auf den russischen Staatskredit genommen wurde, dürften endgültig vorbei sein.“

„Bolschewistische Zeitung“:

„Der Entwertungsprozess, der an unserer Fondsbörse nun schon seit geraumer Zeit im Gange ist, hat in der letzten Woche einen Stillstand erfahren. Teilweise sind sogar nennenswerte Kursrückführungen zu konstatieren. Nichtsdestoweniger kann von der Wiederkehr des Vertrauens nicht uneingeschränkt gesprochen werden. Der zusehender werdende Verlust der Kurse ist nun schon seit Monaten gar so oft herbe enttäuscht worden. Jedem Anlauf zu einer Aufwärtsbewegung ist stets bald wieder ein Rückschlag gefolgt. Auf allen Seiten sind Verluste zu beklagen. Ja selbst die Börsenspekulation kann sich kaum besonderer Erfolge rühmen; einmal verbietet schon die durch das Börsengeschäft hervorgerufene Einengung der Operationsbasis ein freies Verorwegen der Unternehmungslust à la baisse, alsdann erschwert das sprunghafte, unvermittelte Auf und Nieder der Kurse sehr erheblich die Realisation, und endlich können die Börsen-Engagements teilweise als Gegenpost gegen schlecht realisierbaren Effektenbesitz gelten, auf welchem schon erheblicher Verlust liegt. Steht man des weiteren die ganz naturgemäße Abneigung der außenstehenden Kreise, sich unter den jetzigen Verhältnissen am Börsengeschäft zu beteiligen, in Rechnung, so hat man zugleich die Erklärung für die tiefschwebende Stimmung, ja teilweise Verbitterung, welche unsere Börsenwelt augenblicklich beherrscht.“

Dieser Zustand beginnt schon außerhalb der Börse Kreise zu ziehen. Denn unmittelbar auf ihn sind die sich mehrenden Forderungseinstellungen von Provinzialbankinstituten zurückzuführen. Mittelbar wirkt dabei die Zuspitzung der Kreditverhältnisse mit.“

„Berliner Tageblatt“:

„Die Interventionen der Großbanken, die schon in den letzten Tagen der Vorwoche eine besiegende Wirkung ausgeübt hatten, setzten sich in der Berichtswche in verstärkter Weise fort. Das schäuferte die Börsenpartei ein, zumal bereits die Vorbereitungen für den Wimo des Bestehens von Stückemangel erwiesen. Die Börse begann wieder zu hoffen. Die Belastungsprobe, die die Auflösung der Duma bedeutete, bestand der hiesige Markt überaus leicht. Und als auch an den Weisbörsen die Zwangsverkäufe sich nicht erneuerten, als auch der Pariser Markt auf die Meldungen über eine Verschlechterung der innerpolitischen Lage in Rußland so gut wie gar nicht reagierte, trat durchweg eine Hebung des Kursniveaus ein.“

„Deutsche Tageszeitung“:

„Nun, bei der Dumaauflösung ist es ebenso zugegangen. Am ersten Tage der Berichtswche war der „Staatsstreich“ vollzogen, die Duma war aufgelöst und wieder erwartet, namentlich dem der internationalen Russenfiger-Konfortien, nahm man an den für russische Werte hauptsächlich interessierten Plätzen: Petersburg, Paris und Berlin die Sache ziemlich kühl auf. Ja, sie bildete sogar den Ausgangspunkt für eine allgemeine Befestigung. Man hat von großen Interventionen seitens der der russischen Regierung nachstehenden Bankhäuser gesprochen, von Inspirationen, welche die französische Regierung der Presse gab, um die Gemüter zu beruhigen. Mag dem sein, jedenfalls ist verhindert worden, daß die on und für sich schon genug erschöpfte Börse vor einem weiteren unabsehbaren Schaden bewahrt worden ist. daß die Kapitalistenkreise, in deren Besitz lang konservierte Russenbestände liegen, beruhigter aufstehen können, und das Vertrauen gemessen ist, daß gerade die energische Maßregel der russischen Regierung den Ausgangspunkt für allmähliche Ordnung der wirtschaftlichen, innerpolitischen und finanziellen Dinge zu bilden geeignet erscheint. Jedenfalls haben die professionellen Russenfiger ihre Rechnung wieder einmal nicht gefunden.“

„Zeit am Montag“:

„Pogelbicht fallen die Unglücksbotschaften auf die ohnehin geschwächte Börse hernieder. Nach dem ersten Schreden über den russischen Verfassungsbruch sichern tropfenweise eine Aufstärkung nach der anderen über die doch nicht ganz hermetisch verschließbaren Grenzen des Zarenreiches und läßt die Russenkurse weichen.“

„Frankfurter Zeitung“:

„Die Duma ist aufgelöst, das bestehende russische Wahlrecht aufgehoben, ein neues, beschränktes Wahlrecht für eine erst im November zusammenzutretende dritte Duma etabliert — das war die Nachricht, unter deren Eindruck die Börse die abgelaufene Woche eröffnete. Aber in dem Kurzzeitel sucht man vergeblich danach, wie dieser Eindruck sich denn nur äussermäÙig geäußert hat. Ober vielmehr, der Kurszettel zeigt, daß die Börse dem russischen Staatsstreich gegenüber vollkommen gleichgültig geblieben ist. Ein Faktum von hohem sozialpsychologischem Reiz...“

...Denn der kapitalistische Geist, der diesen reinen Geldmenschen erfüllt, kalkuliert also: Wenn der Jar die Duma auflöst und ein „dem preussischen ähnliches“ (also schon mehr als reaktionäres!) Wahlrecht zu oktrobieren den Mut hat, dann fühlt er jedenfalls auch die Macht dazu — und vor hier aus bis zu dem weiteren Schluß, daß er dann auch das Recht dazu habe, ist nur ein Schritt. Und weiter kalkuliert er: Wenn die russische Regierung die Duma auflöst und damit die Möglichkeit aufgibt, durch sie eine Anleihe bewilligt zu erhalten, während die Aufnahme einer Anleihe ohne Zustimmung einer Volksvertretung doch zweifellos gänzlich unmöglich ist, dann liegt daran eben die Erklärung, daß Rußland zurzeit einen weiteren Geldbedarf nicht hat — auch von hier aus bis zu dem weiteren Schluß, daß Rußlands Finanzlage eigentlich doch eine ganz günstige sei und zu Deforanissen momentan keinen Anlaß gebe, ist wieder nur ein Schritt. So der kapitalistische Geist des defizitierten reinen Geldmenschen, dessen Empfindungsregungen der Kurzzeitel Tag für Tag registriert. Von imponierender Schärfe und Weitsichtigkeit sind diese Erwägungen ja nun allerdings gerade nicht. Denn sie sehen nur den Augenblick, vergessen alles, was vorausgegangen, und alles, was die Zukunft droht; vergessen sogar, daß schon die Gegenwart nichts anderes ist als ein Hausbau an der russischen Volkswirtschaft (bis

zum Weisbluten, wie neulich ein ernst zu nehmender Beurteiler schrieb), und daß die Hauptstütze der russischen Finanzen gegenwärtig und schon seit langem der Alkohol ist — der Alkohol, dessen Ertragssteigerung aber mit der vollständigen Auspoewerung der unteren Volksschichten doch auch einmal ihren Höhepunkt erreichen muß. Das alles vergeht der kapitalistische Geist. Wie das manchen so geht, der Menschen und Werte nur mit Zahlen zu benennen versteht!

Allerdings kam diesmal noch ein besonderer Umstand hinzu, um die Börse mit solcher Leichtfertigkeit über die russischen Vorgänge hinweggehen zu lassen. Die Börse wollte nach der Kursentwertung der vorausgegangenen Wochen wieder in die Höhe. Sie wollte, oder vielmehr — sie sollte. Denn wie sich die Verhältnisse an der Börse entwickelt haben, muß man ja heute, statt von einer Tendenz der Börse, viel eher von einer Tendenz der Großbanken reden, weil diese die Börse immer mehr zu ihrem abhängigen Werkzeug gemacht haben und deren Bewegungen nach ihrem eigenen Belieben lenken.“

Schiebungen. Wie man Geld „verdient“ zeigte eine Umgründung der Bichtenberger Terrain-Gesellschaft in Liquidation. Die Terrains sollen an eine neue Gesellschaft übergehen. Die Transaktion hat natürlich einen bestimmten Zweck. Auf jede Aktie von ursprünglich 2000 Mark sind insgesamt 650 Mark zurückgezahlt. Nun sollen die Aktionäre für jede alte Aktie, die noch einen Wert von 1250 Mark darstellt, eine neue Aktie von 5000 Mark erhalten. Nach der letzten Bilanz standen die Grundstücke mit 78 Mark pro Quadratrute zu Buch; die neue Gesellschaft übernimmt sie zu circa 340 Mark. Im nächsten Monat soll das Aktienkapital der neuen Gesellschaft, das bei der Gründung 50 000 Mark betrug, auf 8¼ Millionen Mark erhöht werden. So werden Wertsteigerungen gemacht.

Die Zuwachssteuer auf dem Städtetage der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt. Auf diesem Städtetage, der vor kurzem in Eilenburg unter starker Beteiligung tagte, sprach Bürgermeister Reimarus von Magdeburg über die Zuwachssteuer. Das Ergebnis seiner grundsätzlichen Ausführungen fasste der Redner in folgende Sätze zusammen:

„Der steigende Finanzbedarf der Gemeinden, namentlich der größeren Städte mit starker Entwicklung, nötigt zur Erschließung neuer Steuerquellen, wenn man die nicht erwünschte Steigerung der Zuschlagsprozente zu den staatlich veranlagten Steuern einschränken will.“

Eine geeignete neue Steuerquelle bietet eine in den oben erwähnten Grenzen ausgearbeitete Verwaltungssteuer; sie entspricht der Gerechtigkeit, weil sie einen Teil des durch die Allgemeinheit und deren Aufwendungen geschaffenen Gewinnes der Allgemeinheit wieder zuführt; sie trifft leistungsfähige Schultern, weil sie nur im Maße wirklichen und zwar nicht unerheblichen Gewinnes erhoben wird, erfüllt somit in hervorragender Weise die beiden vornehmsten Forderungen, welche an eine moderne Steuer gestellt werden können.“

Ein Riesenelektrizitätswerk in Bosnien. Die bosnische Landesregierung hat vor einigen Tagen die Konzession zu einem hydroelektrischen Unternehmen erteilt, welches sich über die Herzegovina bis zu den Küsten des Adriatischen Meeres erstrecken wird und welches das größte Elektrizitätswerk der Welt sein wird. Es ist nämlich die Ausnützung der Wasserkraft des Flusses Trebinjica beabsichtigt. Dieser Fluß überflutet vollkommen das Popovo polje volle 9 Monate im Jahre, während 3 Monate hindurch das Flußbett und auch das Popovo polje vollkommen trocken sind. Aus diesem Grunde ist die Anlage eines großen Reservoirs beabsichtigt, in welchem das Wasser für die trockene Zeit gesammelt werden soll. Die Trebinjica fließt 250 Meter oberhalb der Mündung des Adriatischen Meeres, so daß der Wasserfall — welcher in einem etwa 10 Kilometer langen Tunnel bis nach Ragusa geführt würde — 250 Meter betragen wird. Die Konzession wurde erteilt für die Ausnützung von 50 m³ Wasser pro Sekunde, so daß die gewonnene Kraft 120 000 Pferdekraft betragen würde. Mit dieser gewaltigen Kraft fallen chemische Fabriken in Betrieb gesetzt werden. Das Kapital scheint von italienischer Seite zu kommen.

Soziales.

Die Abwehr einer Aussperrung als strafbarer Versuch im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung.

Das ist die neueste Entscheidung unserer Justiz. Bekanntlich bedroht § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis den, der andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verordnungen oder Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Eine solche Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen war nun zweifellos die, welche 1906 zum Streit der Ballschuhmacher Berlins führte. Der Streit, also ein durchaus gesetzliches Mittel (§ 152 der Gewerbeordnung), wurde auf Beschluß der Fabrikanten mit einer Aussperrung anderer, am Ballschuharbeiterstreik nicht beteiligter Schuharbeiter beantwortet. Diesem Beschluß kam auch der Fabrikant Fleischer nach: er sperrte mit der Maßgabe aus, daß nur wieder in Arbeit genommen werde, wer sich durch schriftlichen Meider verpflichtete, den Verband oder die Gewerkschaft nicht mit Geld oder dergleichen zu unterstützen, also dem Verband den Rücken lehrte. Der ausgesperrte Schuhmacher Pödszus hielt bald darauf dem durch Anerkennung des Meideres abtrünnig gewordenen Zuschneider Meister vor, daß er und andere Abtrünnige doch wieder hinaus müßten, wenn die Aussperrten in die Fabrik wieder hinein kämen, und gebrauchte dabei auch den Ausdruck Lump. Das Landgericht verurteilte Pödszus auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu drei Tagen Gefängnis, weil er versucht hätte, Meister (der doch gar kein Ballschuhmacher war) durch Ehrverletzung und Drohung zum Anschluß an eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewegen. In dieser eigenartigen „Feststellung“ gelangte das Gericht auf folgenden Pfaden vermeintlich juristische Deduktion: Die Vereinigung der von Fleischer ausgesperrten Arbeiter, der der Angeklagte angehörte und der Meister sich anschließen sollte, beabsichtigte gemäß zweifellos getroffener (?) Verabredung, durch die von Meister verlangte Niederlegung der Arbeit auf den Fabrikanten Fleischer einen Druck dahin auszuüben, daß dieser die von ihm ausgeschlossenen Arbeiter wieder einstelle, auch ohne daß sie den seinerseits verlangten Meider unterzeichneten. Durch diese bedingungslose Wiedereinstellung der noch ausgeschlossenen Arbeiter, die erwartet werden konnte, da Fleischer doch Zuschneider haben müßte, sollte dieser aber zu der Anerkennung gezwungen werden, der Streit der Ballschuhmacher, der die Veranlassung zur Aussperrung gab, sei ein berechtigter, und die von ihm vorgenommene Aussperrung sei ungerechtfertigt. Indirekt ging also der Zweck der Vereinigung (der Aussperrten), der Meister sich anschließen sollte, darauf aus, den Streit der Ballschuhmacher zu unterstützen und somit, wenn auch nicht für sich, sondern für Personen, mit denen die „Vereinigung“ sich solidarisch fühlte, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.“

Angestogter legte Revision ein. Sein Vertreter Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht legte in eingehenden und gründlichen juristischen Ausführungen dar, daß es sich hier lediglich um einen Akt der Notwehr gegen die Aussperrung handelte, so daß im vorliegenden, zur Aburteilung stehenden Falle überhaupt keine Verabredung zur Erlangung „günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ in Frage stand. Aber auch im anderen Falle dürfte § 153 der Gewerbeordnung nicht zur Anwendung kommen, weil im Sinne der bekannten Reichsgerichtsentscheidungen gegen Arbeiter hier die modifizierte Aussperrung einen Erpressungsversuch der Arbeitgeber darstelle, der als rechtswidrig nicht zu schätzen sei.

Das Kammergericht verwarf jedoch am Donnerstag die Revision. Die Vorentscheidung sei rechtlich vollkommen schlüssig. Von Notwehr im Sinne des Gesetzes könne nicht die Rede sein. Deshalb brauche der Senat nicht eingehend auf die Frage, ob die bekannte Reichsgerichtsentscheidung über Erpressung hier auf das Aussperrungsverhalten der Arbeitgeber überhaupt zutrefte.

Konkurrenzkaufel im gewerblichen Arbeitsverhältnis.

Der Vertrag, den der ehemalige Wächter F. mit der Verlags- und Schließgesellschaft geschlossen hatte, enthält folgende Bestimmung: „Ferner verpflichte ich mich bei einer Konventionalstrafe von 100 M., innerhalb zwei Monaten nach meinem Abgange keine Dienste da anzunehmen, wo ich im Auftrage der Verlags- und Schließgesellschaft als Separatwächter tätig war.“ F. ist nun doch innerhalb solcher Frist nach Lösung seines Verhältnisses zur Verlags- und Schließgesellschaft bei einer Firma Thom's u. Jse eingetreten, bei der er vordem als Angestellter der Verlags- und Schließgesellschaft Separat-Wachdienste leistete. Die Gesellschaft tat Schritte zur Erlangung der Konventionalstrafe und behielt zu diesem Zwecke 80 M. Kaution, die F. gestellt hatte. F. klagte darauf beim Berliner Gewerbegericht gegen die Verlags- und Schließgesellschaft auf Herausgabe der Kaution abzüglich eines Betrages von 9 M. — In der Verhandlung, die am Sonnabend vor der Kammer 8 stattfand, wurde festgestellt, daß Kläger tatsächlich während der vier Wochen, in denen er bei Thom's u. Jse in Dienst stand, Wachdienste, also die gleichen Dienste wie vorher als Angestellter der Verlags- und Schließgesellschaft, geleistet hat. Kläger betonte jedoch, daß seine Anstellung als Hausdiener erfolgt sei und daß er die Stelle schließlich aufgegeben hätte, weil er nicht als Hausdiener beschäftigt worden sei. — Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Vertrag als dahingehend aufzufassen sei, daß innerhalb zweier Monate keine Wachdienste bei einer der fraglichen Stellen (Firmen, Institute usw.) angenommen werden dürften. Diesen Inhalt vorausgesetzt, sei aber der Vertrag rechtsgültig. Da Kläger tatsächlich solche Dienste vertragswidrig angenommen und ausgeführt hätte, so könnte die Kaution als Teil der Konventionalstrafe von der Verlags- und Schließgesellschaft in Anspruch genommen werden. — Dem Kläger wurde deshalb die Klagerücknahme angetragen. Er folgte dem Räte.

Hervorzuheben wäre noch aus der Verhandlung die Behauptung des Klägers, er hätte bei der Verlags- und Schließgesellschaft keine Stellung aufgeben müssen, weil er nur 75 Mark monatlich Lohn erhalten hätte, wovon noch 8 M. Kleidergeld abgingen. — Der Vertreter der Beklagten suchte demgegenüber vorzutragen, daß F. durch Ueberstunden bis auf 88 Mark monatlich gekommen sei.

Die Notwendigkeit eines gesetzlichen Verbotes der Konkurrenzkaufel beweist auch diese Verhandlung.

Aus der Frauenbewegung.

Veranstaltungen — Verranstaltungen.

- Verein für die Interessen der Hausangestellten Donnerstag, 27. Juni, Steglitzerstr. 35, 9 Uhr.
- Charlottenburg. Sonntag, 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, Ausflug nach dem Vergnügungspark, Tegeler Weg 75.
- Treptow-Banmschulienweg. Mittwoch, 20. Juni, 8½ Uhr, bei Schmidt, Treptow, Kieholzstr. 22. Vortrag Herr Weise.
- Lichtenberg. Dienstag, 26. Juni, 8½ Uhr, bei Gebr. Arnold, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6, öffentliche Versammlung. Vortrag: Der Polizeistempel gegen die Frau.
- Röpenitz. Mittwoch, den 28. Juni, 8 Uhr, bei Wolf, Vortrag: Herr Dr. Pinius: Frauen- und Geschlechtskrankheiten.

Polologlow - Zigaretten
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Belle-Alliance-Garten
Herzlicher Sommergarten Berlins.
Weltberühmte Illumination.
Vollständig neue Anlagen.
Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
Auf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Flotte Weiber
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Dampfwäscherei
Sonnenlicht
Rixdorf, Bergstr. 55. Leimdüche 10 Pf.,
m. Dampfe 15 Pf., Handlischer, Leinwand,
tücher 4 Ct. 10 Pf., Schonenbte Behand-
lung, freie Abholung von 3 W. an.

Auf Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mark.
Werden jeder Art so-
wie Goldbar, Silber,
Platin, Chronograph, Platten-
pressmaschinen, Gar-
monikas, Mandolinen,
Weigen usw. Große Auswahl in
Platten, edle Edison-Apparate
und Walzen zu Original-Preisen.

Bilz
Dresden-Radebeul, Badew.
Lössnitz, Herrs. m. d. B.
Lage, Sächs. Nizza
Prospekte
frei.
Vollstän-
dige
Heil-
anstalt.
2 Aerzte, Direktor
Alfred Bilz, Chefarzt
Dr. Aschke, Internist, Badew.
Sanatorium

Jahre & König,
Waldenburgerstr. 72, 1. Etage.
Reinholdenstr. 101, 1. Etage.

Sofastoffe
Auswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Nocequetts.
Plüsch-Reste! Sattelstücken.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Letèvre, Berlin, 158.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Dienstag, den 25. Juni
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Schauspielhaus. Die Habenheimerin.
 Neues Kgl. Opernhaus. Carmen.
 Anfang 8 Uhr.
 Schiller O. (Wallner-Theater).
 Carmen.
 Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Kyrie-Epiph.
 Deutsches. Der Jongleur.
 Kleines. Nachtasyl.
 Komische Oper. Carmen.
 Hoftheater. Die lustige Witwe.
 Neues Schauspielhaus. Doppelt
 nachts Erben.
 Reithaus. Haben Sie nichts zu
 verzollen?
 Lustspielhaus. Die Welt ohne
 Männer.
 Thalia. Staatsanwalt Alexander.
 Luffen. Das Käselein seiner Ehe.
 Bernhard Hofe. Der große Un-
 bekannte.
 Metropol. Der Teufel lacht dazu.
 Wintergarten. La Tortajada.
 Spezialitäten.
 Apollo. Der lustige Witwer. Spe-
 zialitäten.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Folies Caprice. Geisterauto. —
 Paris.
 Vaclage. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Urania. Landestrotze 48/49.
 Von der Zugspitze zum Watz-
 mann.
 Sternwarte. Invalidenstr. 57/52.

Kleines Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
 Mittwoch: Gastspiel Frank Wede-
 kind. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Donnerstag: Ein Theater Gatte.
 Freitag: Nachtasyl.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
 Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
 Direktion Richard Alexander.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
 Schauspiel in 3 Akten v. R. Hennequin
 und P. Weber.

Lustspielhaus.
 8 Uhr: Wiener Ensemble - Gastspiel
Die Welt ohne Männer.
 Pepi Glädner als Gast.

Luisen-Theater
 Reichenbergerstr. 34.
 Abends 8 Uhr:
Das Häufel seiner Ehe
 und folgende Tage.

Metropol-Theater
 Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern
 von Julius Freund. Musik von
 Viktor Hollaender. Dirigent Max
 Roth. In Szene gesetzt von
 Direktor Richard Schultz.
 Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater
 8 Uhr: Glänzende Spezialitäten
 mit Jean Clements' Fische-Parodie
 Barnum u. Belleid.
 Abends 9 1/2 Uhr:

Hartstein
 in seiner Burleske:
Der lustige Witwer.
 1. Bild: Das letzte Mal.
 2. Bild: Die Folgen davon.

Passage-Theater.
 Abends 8-11 Uhr:
Die kleine Rakete
 mit
Paulette van Roy.
 14 großartige Spezialitäten.

Otto Pritzkow
 Münzstraße 16.
**Welt-Ausstellungs-
 Biograph** (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Täglich Eingang von
 Neuheiten.
 Den ganzen Tag Vorstellung.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
**Von der Zugspitze
 zum Watzmann.**

**ZOOLOGISCHER
 GARTEN**
 Täglich nachm. 5 Uhr:
 Großes
Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mk., von abends
 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter
 10 Jahren die Hälfte.

Brunnen-Theater
 Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.
 10 neue Attraktionen!
 Derminglontruppe, Kunststrafäder.
 The Eteanas, Gymnastiker.
 Die weltberühmte Leufelsphantomime
Eine unruhige Nacht
 der Pholtes Guitano Truppe.
Neu! Carmen. Neu!
 Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 5 Uhr.
 Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an
 der Theaterkasse.

BERNHARD ROSE THEATER
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich:
 Anfang 4 1/2 Uhr.
 Im Garten:
 Das glänzende Juni-Programm.
 Paul Corradini. — The Laundry.
 Die Ballettschule.
 Sperrst. 50 Pf. Entree 30 Pf.
 Abends 8 1/2 Uhr im Theater:
Der große Unbekannte.
 Sommerpreise.

W. Noacks Theater.
 Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 10.
 Konzert, Theater, Spezialitäten.
Kolossaler Erfolg!
Berlin, wie es haut und kraecht!
 Anfang 6 Uhr.
 Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Anfang Sonntag 8 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr.
 Reichs-
 hallen-
 Garten
 und
 Restaurant:
**Militär-
 Konzert.**

Schweizergarten
 Am Königstor. Am Friedrichshain.
 Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.
 Täglich:
Theater-Vorstellung.
Neue Spezialitäten.
Kinematograph und Ball.
Freier Damentanz.
 Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems
 Sommer-Theater**
 Hasenheide 13/15.
 Artistische Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater
 u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
Die beliebtesten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Gütige-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von
 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
 Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesund-
 brunnen — Bellermannstraße.
Der rechte Weg.
 Original - Volkstheater mit Gesang und
 Tanz in 4 Bildern von W. Gerike.
 Hierzu:
**Das neue
 Riesen - Spezialitäten - Programm.**
 Volksbelustigungen.

Nur noch bis Ende Juni geöffnet!
Volksmuseum
 Friedrichstr. 112.
 Nähe Cranienburger Tor.
 Anatomie! Pathologie!
 Samariterlehre! Mechanische
 Kolossalgruppen! Völkergalerie
 Täglich wechselnde Lichtbilder-
 vorräge über Visitenkarte des
 Veronesers! Vorausbestim-
 mung des Geschlechts! Herma-
 phroditismus Volks - Krank-
 heiten etc.
 Eintritt 30 u. 50 Pf., Militär 20 Pf.,
 Kinder 10 Pf. 1041b

Schiller - Theater O.
 (Wallner-Theater.)
 Mittwoch-Oper.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Carmen.
 Große Oper in 4 Akten von Bizet.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Undine.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Hugenotten.

Schiller-Theater N.
 Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz. Sommerpreise.

WINTER GARTEN
La Tortajada.
**Glänzendes
 Programm.**

**Walhalla-
 Varieté-Garten**
 Weinbergsweg 19/20, Rotenb. Tor.
 Spezialitäten - Vorstellung.
Promenaden - Konzert.
 Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Bei ungünstigem Wetter
 Vorstellung im Theater 8 Uhr.
 Kleine Sommerpreise.

Sanssouci, Kottbusser
 Straße 6.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Der Garten ist geöffnet.
 Sonnt., Mont., Donnerst.:
**Kollmanns Nordd. Sänger
 u. Tanzkränzchen.**
 Stets neues aktuelles
 Programm.
 Sonnt. Dep. 5, wochentl. 8 U.
 Für nächste Saison sind
 sämtl. Sonnab. bereits
 besetzt. Noch einige Mittwoch-
 Abende sind frei.

Neue Welt
 Hasenheide 108-114.
 Täglich:
**Gr. Doppel-Konzert
 u. Spezialitäten-Vorstellung.**
 Auftritten von
Kunstkräften 1. Ranges
 Geschw. Wols, Duettisten.
 Steffen Brothers, Ukrobaten.
 Rheingold Trio, Gefangenerzett.
 Mampinis Weibermähle.
 Curt Ellis.
 Boasy Comp. Pantomime.
Geschwister D'Orville.
 Doppeldecks Luftfahrt durch den
 ganz. Gart. a. d. Hähnen hängend.
 Anfang 5 Uhr.
 Entree zum Konzertgarten 10 Pf.
 Theatergarten 50 Pf.

Gustav Behrens-Theater.
 Berlin W.,
 Goltzstraße 9.
 Das neue
**exquisite
 Juni-
 Programm.**
 Schlager auf
 Schlager!
Neu! Die Jungfrau v. Orleans.
 Komödie.
Greifenberger prolongiert.
 Neu! Emmolin u. Erich Hochberg,
 Operndirekt sowie die übrigen er-
 fassen Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Sommerpreise.

Buggenhagen Markt-
 platz.
 Dienstag, den 25. Juni:
**Gr. Abschieds-Vorstellung
 und Abschieds-Konzert**
 der **Willy Walde-Sänger**
 u. d. **Gust. Gottschall-Kapelle.**
 Schlachtmusik, Fackelzug und
 Familienkränzchen.
 Die geehrten Gäste und Freunde,
 welche den Scheidenden eine gute
 Erinnerung bewahren, ehren
 doppelt durch ihr Erscheinen.
 Anfang 6 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Diez' Spezialitäten - Theater.
 Landsberger Allee 76-79.
 Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit n. allen Stadttricht.
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
 Im herrlichsten Garten ober großen Saal:
**Die größte Sensation der Gegenwart:
 3 Röhre Todesfahrt im drehbaren Globus.**
 Hans Röhre, der einzige Fahrer der Welt, welcher die endlose Schleiße,
 nur 3 Meter Durchmesser, vertikal durchfährt. — Darion Brothers, phäno-
 menale akrobatische Reutellen. — The 5 Astleys, die fabeln Farmer, brill.
 Musikant. — Matr. Fredo mit seinem Ueber-Richas: Pony, Gel. Schwein
 und Hund. Dazu das neue und beste Programm Berlins.
 Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art. Entree 30 Pf.



In Qualität die besten und
 heute wie seit Jahren die
 beliebtesten bei richtigen
 Kennern.

**JOSETTI
 VERA**

CIGARETTEN

besitzen so fango und so aus-
 schliesslich die beste Qualität
 bester türkischer Cigaretten, dass
 sie zu rauchen ein Beweis guter
 Geschmackes ist.

10 St. 30 Pfennig.

Liste
 derjenigen Milch- und Gemüsegeschäfte,
 die nachweislich
 Ware von unbewilligten Bäckereien beziehen.

Adlerstr. 35, Seile.	Hasenheidestr. 20, Fries.	Reichenbergerstr. 83, Strauß.
Anklamstr. 6, Teresjak.	Rochmannstr. 13, Schütz.	Rondorferstr. 39, Schwarz.
" 53, Döring.	Ropenhagenerstr. 15, Gerhard.	52, Möhs.
" 56, Witte.	Röhmderstr. 165, Burschke.	Stöingstr. 14, Förster.
Bergstr. 17, Zaspel.	Sämlenstr. 213, Gruber.	Charlottenburg.
Beußelstr. 79, Seehof.	Schmiedestr. 36, Hinz.	Gelmerstr. 25, Kaba.
Böhmerstr. 18, Erdmann.	Süßen-Ufer 13, Ziebart.	Rehringstr. 29, Krüger.
Bogenstr. 45, Dier.	Sygnarstr. 25, Scheer.	Lichtenberg.
Burgsdorferstr. (Ede Sparrstraße), Klikowski.	Warrenburgerstr. 2, Kompfer.	Chausseest. 78, Flischke.
Buttmannstr. 4, Heinz.	Wappel-Allee 9, Strüding.	Pankow.
Cabinnerstr. 2, Pieper.	53, Hein.	Regimianstr. 43, Schulz.
Chortnerstr. 58, Viillard.	Betersburgerstr. 13, Krüger.	Reinisdorf-Weß.
Cottbusstr. 14, Picknik.	Hofdorferstr. 3, Franko.	Antonienstr. 42, Lutter.
Colbergerstr. 5, Duckert.	39, Rosner.	Wittestr. 7, Birr.
Dunderstr. 2a, Scholz.	Whelestr. 44, Kessel.	Rixdorf.
Ebertstr. 55, Kleinau.	Schliemannstr. 10, Schröder.	Cannerstr. 15, Martin.
Fehmannstr. 1, Karbe.	43, Kumm.	Eidelstr. 36, Backofen.
Freienwalderstr. 24, Ilgen.	Schönfelderstr. 8, Fink.	Friedelstr. 26, Langa.
" 12, Hegor.	Schwarztopfstr. 6, Discher.	Neue Hofredstr. 62, Koch.
" 19, Fries.	Ceest. 88, Schönlind.	3ägerstr. 55, Oswald.
" 29, Freund.	Simon Dachstr. 27, Petersohn.	61, Ruhke.
" 37, Pulkowski.	Stallstr. 59a, Hallmann.	Kaiser Friedrichstr. 9, Schickel.
Gaudystr. 39, Priebisch.	Strohmännstr. 1, Haase.	Rummelsburg-Bohagen.
Gohlfowstr. 20, Ziemer.	Strelitzerstr. 69, Grassmann.	Grossenerstr. 28, Korsetzki.
Gropiusstr. 2, Wolf.	Tegelestr. 15, Lave.	Gärtnerstr. 28, Lindick.
Hausburgstr. 8, Lasche.	Tilliterstr. 84, Minkwitz.	Kantstr. 18, Mägdelrau.
Hochstätterstr. 27, Bruder.	Wedomstr. 12, Jauer.	Pendelstr. 2, Hamann.
Hufitenstr. 22, Sübbe.	Warkauerstr. 47, Brause.	Wählschtr. 37, Hesse.
	Wiesestr. 9, Wissmann.	
	Wiesenstr. 28, Lenz.	

Wir bitten die verehrlichen **Kausfrauen** und **Konsumenten**, die
 kämpfenden Bädereffellen dadurch wirksam zu unterstützen, daß sie ihre
 Ware nur aus Geschäften beziehen, die Brot und Backware von
 nur bewilligten Bäckereien entnehmen.
 Wegen Raumangels wird die Antwort auf das Flugblatt des
 Brotfabrikanten Wiltler morgen erfolgen.
Die Lohnkommission.
 Bureau: Auguststr. 36, Amt 3, 1243.

Ostbahn-Park
 Am Küstrinorplatz, Rüdardorferstr. 71
Hermann Imbs.
 Täglich:
**Großes Konzert,
 Theater- und Spezialitäten-
 Vorstellung.**

Fröbels Allerlei-Theater
 (früher Puhmann)
 Schönhauser Allee 148 und
 Rafanien-Allee 97/99.
 Heute sowie täglich der riesengroße
 erstklassige vorzügliche
Riesen-Juni-Spielplan mit
Karl Braun in seiner 75-jährigen
 Verwandlung.
 Ein Abend im ameril. Musik Hall
 und die übrigen 15 Kunststerne.
 Um
 7 1/2 Uhr: **Großstadtzauber.**
 Am Sonnabend, den 29. Juni cr.:
 Benefiz Brann.

Partei-Angelegenheiten.

8. Wahlkreis. Heute Abend Versammlung im Prater-Theater, Kasanienallee 7.

In unsere Sonntagnotiz hat sich insofern ein Fehler eingeschlichen, als die Willets zu dem am 14. Juli stattfindenden Sommerfest im Vorberlauf nicht 25, sondern 20 Pf., und an der Kasse nicht 30, sondern 25 Pf. kosten.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, findet in E. Obsts Festsaal, Reimingerstr. 8, die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag: Unsere Volksschulen. Referent: Genosse Heinrich Schulz. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Parteigenossen! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller notwendig.

Bei dem Stiftungsfest am Sonntag ist versehentlich ein Regensturm stehen geblieben. Der Funder wird gebeten, denselben bei E. Obst abzugeben.

Wilmersdorf. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im „Luisenpark“, Wilmersb. 112, die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Vortrag des Genossen Pagels über „Klassenkämpfe der Gegenwart“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Ein Triumph der Hausbesitzer.

In der gestrigen Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses zur Vorberatung der Wertzuwachssteuervorlage führte nur noch der Beschluss erster Lesung, nach welchem in allen Fällen eine Verrechnung der Wertzuwachssteuer auf die Umsatzsteuer zu erfolgen hat, zu einer Debatte. Die Bestimmung würde nach der ausgesprochenen Absicht der Antragsteller das Ergebnis herbeiführen, daß die Ertragfähigkeit der Steuer fast gänzlich unterbunden oder mindestens aufs äußerste eingeschränkt wird. Von unseren Genossen sowie von den Vertretern des Magistrats wurde noch einmal betont, daß nach Einfügung dieser Bestimmung die Vorlage jeden Wert und für sie kein Interesse mehr besitzt. Aber das war's ja gerade, was die Majorität des Ausschusses erreichen wollte. Der Beschluss erster Lesung wurde in der Abstimmung aufrecht erhalten und sodann gelangten in rascher Folge die letzten Paragraphen der Vorlage zur Annahme.

Die seit fast 1 1/2 Jahren sich hinschleppende Beratung hat also wenigstens im Ausschuss zu einem völlig negativen Ergebnis geführt. Die Hausbesitzer triumphieren im Ausschuss auf der ganzen Linie. Nach den Ferien hat das Plenum der Versammlung das Wort und unsere Genossen werden mit aller Kraft versuchen, dort eine andere Entscheidung herbeizuführen.

Als Räder für die öffentliche Meinung wurde zum Schluss von einem Mitglied der Majorität noch folgende Resolution eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, eine Änderung der Grundwertsteuer dahin herbeizuführen, daß unbebaute und Abbruchgrundstücke zu einem höheren Prozentsatz zur Grundwertsteuer veranlagt werden als die bebauten.“

Die Resolution wurde angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung

hat am Donnerstag eine außerordentlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen; sie wird kaum bewältigt werden. Es wird deshalb voraussichtlich am nächsten Freitag eine Ergänzung der Versammlung stattfinden müssen. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung der Vorlage über die Erhöhung des Honorars für die nicht angestellten, mit der Verwaltung einer Stelle beauftragten Lehrer vom 1. April 1906 ab. Da die vor einiger Zeit von den Behörden angenommene Besoldungsordnung nur für fest angestellte Lehrer gilt, so sind die nicht angestellten natürlich leer ausgegangen. Aus Billigkeitsgründen hat der Magistrat beschlossen, auch den nicht angestellten Lehrern entgegenzukommen und ersucht die Stadtverordnetenversammlung um ihre Zustimmung.

Fürsorge-Zöglinge in der Heringsfischerei!

Wir lesen in der „Rheinisch-holländischen Schiffsahrt-Zeitung“: „Mangels geeigneter Arbeitskräfte auf den Loggerschiffen werden jetzt von den Heringsfischereien Versuche gemacht mit der Einstellung von städtischen Fürsorge-Zöglingen. Ein Trupp von erstmalig 50 Köpfen aus einer Berliner Anstalt ist für die Fischereigesellschaft „Neptun“ in Emden eingetroffen. Es steht zu hoffen und dürfte auch wohl durch die amtlichen Stellen nachkontrolliert werden, daß diese bedauernswerten, größtenteils auch schwächlichen Geschöpfe nicht auf Gnade und Ungnade der Willkür der rücksichtenloseren Fischer preisgegeben werden. Solches Los wäre unmenschlich und bedeutete für diese Wesen keine Verbesserung gegenüber dem Verbleib in einem noch so verkommenen Elternhause! Das „Verheuern“ dieser Minorennen seitens der Behörde hat übrigens auch einen starken Anstrich von Sklavenhandel und erscheint rechtlich kaum zulässig.“

Genossen möchten wir, daß die in Ruhrort erscheinende „Schiffahrt-Zeitung“ das offizielle Organ der westdeutschen Binnenschiffahrts-Vereinsgenossenschaft ist. Wenn die eine solche Kritik an diesem „Verheuern“ der Fürsorgezöglinge übt, so schöpft sie sicher aus guter Kenntnis der Verhältnisse. Auch wir meinen, daß auch Fürsorgezöglinge nicht als willige und billige Ausbeutungsobjekte mißbraucht werden dürfen.

Die Verkehrsverhältnisse am Bahnhof Zoologischer Garten bedürfen dringend der Verbesserung. Es war deshalb vom Charlottenburger Magistrat ursprünglich in Aussicht genommen, an der Nordwestseite des Bahnhofs Zoologischer Garten eine neue Straße zu errichten. Der Minister vertrat jedoch in Uebereinstimmung mit den übrigen Staatsbehörden die Ansicht, daß dem Verkehrsbedürfnis ausreichend entsprochen würde, wenn an Stelle der geplanten Straße auf der nordwestlichen Seite des Bahnhofs Zoologischer Garten ein fahrloser Anfahrtsweg hergestellt würde. Nunmehr beabsichtigt der Staatsfiskus auf der Nordwestseite des Bahnhofs Zoologischer Garten eine Straße und zwecks Verbindung dieser neuen Straße mit der Verlängerung der Joachimsthalerstraße eine Durchfahrt durch einen der Stadtbahnbogen auf eigene Kosten herzustellen. Die Verhandlungen haben dazu geführt, daß der Fiskus zum Abschluß eines diesbezüglichen Vertrages mit der Stadt Charlottenburg jetzt bereit ist. Danach will sich der Fiskus verpflichten, daß ihm gehörige Straßenland der Joachimsthalerstraße zwischen der Hardenbergstraße und der nördlichen Begrenzungslinie der durch den Bahnhof Zoologischer Garten angelegten Durchfahrt an die Stadt mit der Aufgabe abzutreten, daß die Stadtgemeinde in die wegen der Verlegung der Joachimsthalerstraße bestehenden Verträge eintritt. An diesen Verträgen sind die Berliner Elektrizi-

tätswerte, die Stadt Wilmersdorf, die Westliche Berliner Vorortbahn und der Altverein Zoologischer Garten beteiligt. Die Ausführung der Regulierung soll spätestens zwei Jahre nach der Genehmigung des Planes seitens der Stadt Charlottenburg, die diesen Plan befürwortet, stattfinden.

Legate für Blinde. Dem Magistrat sind aus dem Nachlaß des im April v. J. hier verstorbenen Rentiers Ismar Reumann zwei Legate von je 15 000 M. für zwei segensreiche Blindeninstitute zugefallen. Das eine Legat ist für die städtische Blindenanstalt und das andere für das aus der Wilhelm und Ida Weder-Stiftung unterhaltene Blindenheim in Weihenheide bestimmt. Der Magistrat hat die Annahme beider Legate beschlossen.

Wegen der Auffstellung eines großen Wappentieres — eines ausbreitenden Vären — in Erz ist der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugegangen. Das Wappentier der Stadt soll in Lebensgröße einen Sämann der großen Halle des neuen Stadthauses an der Jüdenstraße bilden, ähnlich dem Wahrzeichen Braunschweigs vor der Burg Dankwarderode, wo der Löwe auf der Aegulfssäule seit 500 Jahren steht.

Der Direktor Max Schlesinger, der Begründer der Berliner Unfallstationen, ist in der vorvergangenen Nacht gestorben.

Erstochen. In der Nacht zum Sonntag ist das Schönhauser Stadtwiertel der Schauplatz einer rohen Mordtat gewesen. Der 29 Jahre alte Töpfer Georg Benda aus der Rühlhauserstr. 3/4 wurde von dem arbeitslosen Rudolf Jacobi erstochen. Ueber den Totschlag werden folgende Einzelheiten gemeldet:

In der Rühlhauserstr. 3/4 wohnt ein Arbeiter Kocynski, dessen 17 Jahre alte Tochter seit einigen Tagen in einer Gastwirtschaft in der Linienstraße als Kellnerin tätig war. In der Sonntagnacht um 11 Uhr holte der 19 Jahre alte Kasimir Kocynski seine Schwester, wie üblich, aus der Wirtschaft ab. Als er auf dem Heimwege an der Ecke der Straßburger- und Velfortierstraße etwas zurückblieb, stellte der 20 Jahre alte Kutscher Walter Wille der Schwester unzüchtige Anträge. Das Mädchen wies ihn ab und wurde dafür von ihm ins Gesicht geschlagen. Ihr Bruder stürzte sich auf den Attentäter und warf ihn zu Boden. Wille ging nun in die Schankwirtschaft von Köller in der Straßburgerstr. 23. Frau Kocynski ließ ihn kurz darauf durch einen Schuhmann feststellen. Wille teilte sein Erlebnis seinem Bruder Erwin und anderen jungen Leuten mit und veranlaßte sie, mit ihm die Frau R. und ihre beiden Kinder zu verfolgen, als diese drei mit dem Schuhmann das Restaurant verließen. Sie erreichten jedoch ihr Haus und schloffen die Tür ab. Die Verfolger polterten gegen die Haustür und schlugen die Scheiben ein. Der Töpfer Benda, der im ersten Stock des Seitenflügels wohnte, glaubte, daß seine beiden Brüder in eine Schlägerei verwickelt seien. Er eilte hinunter. Die Verfolger hielten ihn für Kasimir Kocynski und fielen über Benda her. Plötzlich brach Benda, von einem Dolchmesserstich in die Brust getroffen, bestimmungslos zusammen. Er wurde nach der Unfallstation in der Schönhauserallee gebracht, wo er unter den Händen des Arztes starb. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Verhaftet wurden Walter und Erwin Wille, ein gewisser Richter und Reinhold Jacobi.

Auf dem Transport befreit. Vor einigen Wochen war der geisteskranke Verbrecher Gröbel, der in der Irrenanstalt Herzberge interniert war, ausgebrochen. Inzwischen konnte seine Wiederfestnahme erfolgen und am Sonntagabend sollte die Ueberführung des Geisteskranken nach der Anstalt erfolgen. Die Komplizen des G. hatten wohl davon erfahren und sie legten den Entschluß, ihn und wenn auch unter Anwendung der gefährlichsten Gewaltmittel, zu befreien. Der Transport erfolgte in einer Taximeterdroschke, in der zwei Wärter saßen. Als der Wagen über den Räderberg, einer etwas menschenleeren Stelle in Richtenberg, fuhr, tauchten plötzlich drei Männer auf. Einer der Durschen fiel dem Pferde in die Fügel, während die beiden anderen an den Wagenknäuel herangingen, ihn öffneten und mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe des G. forderten. Bei der geringsten Gegenwehr drohten die frechen Gesellen sofort zu schießen. Um die Transporteure einzuschüchtern, gaben sie einige Schredschüsse in die Luft ab. Auch hinzukommende Passanten erschreckten die Täter durch Abgabe mehrerer Schüsse. Die Transporteure, die mitsamt dem Kutscher vollständig in der Gewalt der gefährlichen Individuen waren, mußten nun mit zusehen, wie G. aus der Droschke herausgeholt wurde. Immer noch mit dem Revolver drohend entfernten sich die Unbekannten mit ihrem befreiten Gefangenen. Bisher konnte weder von G. noch von seinen Befreierern eine Spur gefunden werden.

Ein tragischer Vorgang hat sich in dem Hause Brangelstr. 14 abgespielt. Die dort wohnhaft gewesene Witwe Woyen war vor zwei Tagen gestorben und als Sonntag ihre Leiche aus dem Hause getragen werden sollte, war auch die verheiratete Tochter der alten Frau sowie die Nichte, die 17 jährige Dorothea Rihmann im Sterbezimmer anwesend. Das junge Mädchen fiel der Mutter plötzlich um den Hals und rief: „Mutter, liebe Mutter, leb wohl!“ Im nächsten Augenblick zog die N. eine Flasche Lysol aus der Tasche und trank das Gift vor den Augen der Mutter. Erst jetzt gewahrte Frau R. mit Entsetzen, was ihre Tochter gemacht hatte. In hoffnungslosem Zustande wurde die Unglückliche in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. Sie hat die Tat aus Liebesgram verübt. Schon vor einiger Zeit hatte sie aus demselben Grunde einen Selbstmordversuch unternommen. Sie versuchte sich damals durch Gas zu vergiften, indem sie sämtliche Gasohlfässer im Zimmer öffnete.

Flüchtiger Prokurist. Nach Unterschlagung beträchtlicher Summen ist der Prokurist Sigismund Berendt, Chausseestr. 59, der in der L.-G. Neue Silberwerke in der Chausseestraße 59 tätig gewesen, entflohen.

Ein Bootsunfall ereignete sich am Sonntag auf der Havel, ungefähr 2 Kilometer südlich von Spandau. Bei dem orkanartigen Winde letzter Sonntag mittags 1 1/2 Uhr ein Segelboot, das mit einem Insassen besetzt war. Durch einen kühnen Sprung konnte sich der Insasse noch retten, indem er sich an der Wappspitze festhielt. In dieser gefährlichen Lage befand er sich einige Minuten, bis durch seine Hülferufe ein mit zwei jungen Leuten besetztes Boot herangelockt wurde. Mit Mühe wurde er aus der entsetzlichen Lage befreit und ans Land gebracht.

Im Kleiderschrank erhängt. Aus Furcht vor alzu reichem Kinderlegen hat sich die 41 Jahre alte Frau Ida des Kellners R. in der Vorfigstr. 5 und Leben gebracht. Frau R. hat bereits mehrere Kinder und in allernächster Zeit war wieder die Ankunft eines neuen Weltbürgers zu erwarten. Wiederholt hatte sie geflagt, daß es ihr schwer fallen würde, die vielen Kinder groß zu ziehen. Gestern mittags verübte das arme Weib während der Abwesenheit ihres Mannes Selbstmord. Sie erhängte sich im Kleiderschrank. Als der Ehemann heimkehrte und die Tat entdeckte, war die Lebensmüde bereits tot.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Bei Wittenberg aufgefunden Leiche. Vom 1. bis 11. Juni d. J. wohnte im Gasthof „Weißer Schwan“ in Wittenberg ein etwa 10 Jahre altes Mädchen, das sich Selma Peter oder Peter aus Berlin nannte; sie war 1,55 bis 1,60 Meter groß, schlank und hatte blaues Gesicht und starkes blondes Haar. Da sie ihre Schulden nicht bezahlen konnte, verließ sie heimlich ohne Hut, Schuhe und Strümpfe den Gasthof und wurde später als Leiche aus der Elbe gezogen. In den Kleidern wurden Nadeln verschiedener hiesiger Geschäfte und ein Zettel mit der Aufschrift: „M. B. Berlin Nr. 30, Ueber Bayre verzeh mir“ gefunden. Es wird vermutet, daß die Unbekannte von einem Reisenden nach Wittenberg verschleppt und dann mittellos im Stich gelassen wurde. Geeignete Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit der Unbekannten werden im Polizeipräsidium,

Zimmer 249, sowie in jedem Polizeirevier zu der Tagebuch-Nummer 4607 IV/8, 07 entgegengenommen.

Geperret ist die Zimmerstraße von der Markgrafenstraße bis zur Friedrichstraße behufs Asphaltierung.

Kabrennen zu Treptow, 23. Juni. Das heutige Programm wies als Hauptnummern zwei Dauerrennen mit Motorführung über 10 Kilometer und über 50 Kilometer auf. Beide wurden überlegen von dem Kölner Peter Gänther vor Ad. Schulze (Zehlendorf) und S. Contenet (Paris) gewonnen. Schulze leistete noch am längsten Widerstand; in dem großen Rennen wurde er durch Motorschaden behindert und mußte infolgedessen anfangs den zweiten Platz an Contenet abtreten, doch konnte er ihn beim 24. Kilometer zurückgewinnen. Der Berliner Max Feiny fuhr nur in dem 50 Kilometer-Rennen mit, vermochte aber in demselben kein Wort mitzusprechen. Siebenmal übertrundet, fiel er von seiner Führung ab und gab beim 20. Kilometer auf. Einige interessant verlaufende Fiegerrennen vervollständigten das Programm, das ohne jeden Unfall und ohne von dem trübigen, regnerischen Wetter beeinträchtigt zu werden, zu Ende geführt werden konnte.

Sportpark Spandau. Das Programm am Sonntag wies in der Hauptsache Fiegerrennen auf, die durch ihre überaus zahlreiche Beteiligung mehrere Vorläufe nötig machten, um für den Endlauf die besten auszusuchen. Es gab hierbei wirklich schöne sportliche Kämpfe und war besonders Ellegaard der Held des Tages, der alle Rennen an sich brachte. Die Rennen wiesen als Titel die Namen aller berühmter Berliner Rennfahrer auf und hatten eine internationale Mannschafft an den Start geführt. Den „Artur Heimann-Preis“ gewann Ellegaard leicht vor O. Meyer, Theile und Messori, wach letzterer einen mißlungenen Ausreißerversuch machte. — Im „Paul Münder-Preis“ war Ellegaard Kalmann und konnte mit drei Längen Vorsprung vor Stol (30), Theile (10), Waber (0), Rudela (50), Schuermann (10) und andere einen schönen Sieg landen. — Das Landrennen den „Heimann-Mulack-Preis“, brachte das Paar Ellegaard-O. Meyer vor Schuermann-Wegener, Contrab-Althoff und Rudela-Redela an sich und gab es einen prächtigen Endkampf. — Das Dauerrennen trug den Titel „Alfred Köcher-Preis“ und wurde in drei Läufen über 20, 30 und 50 Kilometer angedacht und nach Punktwertung geführt. — Hier standen sich W. Wedell (Amerika), E. Brumi (Paris), W. Rauch (Köln), S. Przymbel (Berlin) und A. Vanderstuyf (Belgien) gegenüber. — Im ersten Lauf liegt der Belgier in überlegener Weise, da er alle Gegner in glatter Fahrt überholt. Der zweite Lauf hatte als böses Vorzeichen einen dreimaligen Start, da zweimal Brumi und Rauch beim Ablassen zu Fall kamen. Der Franzose greift den führenden Vanderstuyf energisch an, wird aber abgewiesen; im Begriff, seine Führung zu wechseln, kommt Brumi zu Fall. Glücklicherweise ist nicht Böses passiert. Auch hier liegt Vanderstuyf überlegen. Der dritte Lauf hat im Anfang einen heißen Kampf zwischen dem Belgier und dem Franzosen, den Brumi zu seinen Gunsten entscheidet. Er kommt durch zweimaligen Radwechsel um alle Ausschüften und wird letzter. Auch Vanderstuyf ist zeitweilig letzter im Felde, er kämpft aber in rasender Fahrt seine Gegner nieder und wird zweiter hinter Wedell. Przymbel und Rauch spielen keine große Rolle, obgleich sie mitunter sehr gut fahren. — Das Endergebnis ist: 1. Vanderstuyf 45 Punkte, 2. Wedell 37 Punkte, 3. Przymbel 35 Punkte, 4. Rauch 28 Punkte, 5. Brumi 10 Punkte.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, befehlet der Igl. Musikdirektor Verth, Irrgang in der St. Marienkirche seine Orgelkonzerte vor den Ferien; es werden im letzten Konzert mitwirken das Soliquartett: Frau Charl. Kimpel, Fräulein Julia Michaels, Herr Ludwig Schubert und Herr Harzen-Müller, sowie Herr Artur Dipsch (Violine). Der Eintritt ist frei!

Parteisind sind am Zeltowkanal gefunden und auf dem Verbandsbureau abgegeben worden; sie stehen dem Verleiter zur Abholung auf dem Bureau zur Verfügung.

Feuerwehbericht. Am Sonntag früh um 8 Uhr hatte der 18. Löschzug längere Zeit auf dem Kohlenbahnhof in der Fernstraße 22/23 zu tun, wo Preshofenstapel in Brand geraten waren. Durch kühnes Wassergeben und Umpoden der Kohlen wurde die Gefahr beseitigt. Der 8. Zug wurde nach der Reichenbergerstr. 137 alarmiert, wo ein Schuppen in Flammen stand. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam Neu-Rölln a. B. 10 Feuer aus und durch Explosion einer Spirituslampe gerieten in der Großen Frankfurterstraße 102 Deden und Röbel in Brand. Montag früh um 3 Uhr brannten in der Königstraße 56 Kleider, Türen, Deden u. a. Wegen eines Kellerbrandes rückte ein großes Löschaufgebot nach der Gräfestraße 68 aus. Stroh u. a. brannte dort unter großer Qualmentwicklung. Im Urbanhafen hatte der 11. Zug mit der Löschung eines Brandes zu tun, der in der Kajüte eines Rahnes ausgekommen war. In der Kleinen Andreasstr. 10 brannte eine Kabine und die Treppe und Am Friedrichsbain 25 in einer Wohnung Gardinen usw. Ferner hatte die Wehr in der Wäckerstr. 8 und verschiedenen anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Wegen Verübung eines schweren Raubanfalles auf den Kohlenleger Kledert aus der Pannierstraße in Rixdorf sind zwei Brüder Ernst und Richard Müller aus der Karlsgrabenstraße in das Untersuchungsgewand eingeliefert worden.

Pankow.

Der zwischen der Berliner Reichsbahngrenze und der Nordbahnstraße belegene Teil der Wollanstraße ist wegen Asphaltierung der Straße vom 24. d. M. ab, und zwar in der Richtung Pankow-Berlin, für den Fuhrwerksverkehr gesperrt. Der Fuhrwerksverkehr nach Berlin wird vom 24. d. M. ab durch die Nordbahn- und Soldinerstraße abgelenkt werden.

Lichtenberg.

Wie die Leser aus Nr. 141 des „Vorwärts“ unter Frauenbewegung“ ersehen haben, ist man nun auch in Lichtenberg dazu gekommen seitens der wohlwollenden Polizeibehörde, sich der Frauen anzuschließen. Allerdings nur in der echt preussischen Manier, daß man versucht, die wenigen Rechte der weiblichen Bevölkerung noch mehr zu beschneiden. Es sei darum nochmals darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden ist, insbesondere aber der Frauen und Mädchen Lichtenbergs, in der am Dienstag, den 25. Juni, also heute, im Lokale der Sebr. Arnold stattfindenden Protestversammlung zahlreich zu erscheinen. Wir dürfen nicht die Hände in den Schoß legen und ruhig zusehen, wie die wenigen den Frauen noch verbleibenden Staatsbürgerrechte ihnen genommen werden. Genosse Redakteur Düssel spricht in dieser Versammlung über: „Der Polizeiknäppel und die Frauen“. Also auf zur Versammlung am 25. Juni!

Reinickendorf.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall, bei welchem ein vierjähriges Knabe sein Leben einbüßte, hat sich vorgestern um 1/2 Uhr abends in Reinickendorf zugetragen. Dort spielten in der Hauptstraße vor dem Hause Nr. 1 mehrere Kinder, die, einander jagend, den Straßenbahn kreuzten. So lief auch der vierjährige Sohn Alfred des in der Kopenhagenerstr. 1/2 wohnhaften Arbeiters Wilhelm über den Fahrdamm der Hauptstraße, ohne darauf zu achten, daß in diesem Augenblick ein Wagen der Straßenbahnlinie 35 herankam. Obwohl der Führer des Motorwagens die Gefahr sofort erkannte und die

Gefahrernte anwandte, gelang es ihm infolge der geringen Entfernung doch nicht mehr, das Unglück zu verhindern. Der Knabe wurde umgehoben und geriet mit dem Körper unter den Schutzhaken. Mittels mitgeführter Binden wurde der Straßenbahnwagen angehoben und der Kleine tot hervorgezogen. Die Leiche des Kindes wurde polizeilich beschlagnahmt.

Groß-Richterfelde.

Auf die unhaltbaren Verhältnisse am Bahnhof Groß-Richterfelde-Ost weist eine Sonderausgabe der „Zeltower Zeitung“ hin, in der zunächst an den Unglücksfall vom 2. Mai d. J. auf der Leichter Bahn bei Kriebitz erinnert wird. Wie dort, so kreuzt in Groß-Richterfelde-Ost ein verkehrsreicher Weg die Bahn, und somit ist das Schicksal von Hunderten von der Zuverlässigkeit des Schrankenwärters abhängig. Am 2. Mai hatte auf der Leichter Bahn ein Versehen dieses Schrankenwärters bekanntlich den Tod von zwei Menschen herbeigeführt, und eine ganze Anzahl weiterer war mehr oder weniger schwer verletzt worden, als sie die Linie passierten, während gerade ein Güterzug daherbrauste. Der Artikel der „Zelt. Ztg.“ weist nun darauf hin, daß bei den traurigen Verhältnissen am Bahnhof Groß-Richterfelde-Ost, wo die verkehrsreiche Wilhelmstraße über den Anhalter Bahnhöfen läuft und nur durch Schranken, die jeweils den Verkehr zurückhalten sollen, abgetrennt ist, mit Sicherheit schwere Unglücksfälle zu erwarten seien, wenn nicht der unangebrachten Sparwirtschaft der Eisenbahnverwaltung eine Überführung abgerufen würde, die wenigstens Leben und Sicherheit von vielen tausenden täglich dort auf jener Straße verkehrenden Menschen sicherzustellen imstande ist.

Gerichts-Zeitung.

Die Verhörfirma J. Altmann in Charlottenburg fühlte sich durch Mitteilungen im „Vorwärts“ vom 8. und 18. Dezember 1906 beleidigt. Der Inhaber der Firma hat deshalb unseren verantw. wörtlichen Redakteur, Genossen Weber, verklagt.

Infolge der Klage des Herrn Altmann erklärte sich Weber bereit, die Wahrheit der im „Vorwärts“ angegebenen Tatsachen zu beweisen. Er hat auch eine große Zahl von Zeugen zu diesem Zweck namhaft gemacht. Am Montag stand in dieser Sache Termin vor dem Schöffengericht an. Der vorstehende Richter regte einen Vergleich an. Kläger verlangte einen bedingungslosen Widerruf. Diesen lehnte Weber unter Hinweis auf das ihm zu Gebote stehende reiche Beweismaterial ab. Schließlich kam, nach fast einstündiger Verhandlung, folgender Vergleich zustande:

„Der Angeklagte erklärt, daß ihm bei Abfassung der zur Klage stehenden im „Vorwärts“ vom 8. und 18. Dezember 1906 erschienenen Artikel betreffend die Verhörfirma J. Altmann in Charlottenburg jede beleidigende Absicht ferngelegen hat, und daß der Inhalt dieser Artikel lediglich auf Mitteilungen, die ihm von zuverlässig erscheinender Seite zugegangen sind, beruht. Die gerichtlichen Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte, während die außergerichtlichen Kosten gegenseitig aufgehoben werden. Angeklagter ist verpflichtet, die Ausfertigung dieses Vergleichs binnen vier Wochen auf seine Kosten einmal im „Vorwärts“ bekanntzumachen.“

Hierauf beschloß das Gericht die Einstellung des Verfahrens. Der Anwalt des Klägers erklärte, sein Klient verzichte auf den Abdruck der Ausfertigung, falls der Wortlaut des Vergleichs in dem Bericht über die Verhandlung abgedruckt werde.

Feldwibel und Heiratschwindler.

Am Landgericht I begann gestern eine neue Tagung des Schwurgerichts, unter Vorsitz des Landgerichtsrats Böse, mit der Verhandlung einer Anlage wegen wiederholten Betruges und Urkundenfälschung gegen den ehemaligen Feldwibel Franz Hauffe, der sich auch noch wegen unbefugter Führung des Adelsprädikats zu verantworten hatte. Der jetzt 27 Jahre alte Angeklagte besuchte seinerzeit die Unteroffizierschule in Marienwerder, trat dann in das 153. Regiment in Allenstein ein, wurde Unteroffizier und im Alter von 24 1/2 Jahren Feldwibel. Nach seiner Dienstentlassung wurde er ein sehr gefährlicher Heiratschwindler; da er kein Geld zur Beschaffung eines Zivilanzuges hatte, ging er in seiner Uniform nach Steettin und schlug sich dort eine Zeitlang in der Weise durch, daß er Bekannte anbot und auch an weibliche Personen sich herannäherte, denen er unter dem Versprechen, sie zu heiraten, größere und kleinere Summen abnahm. Es schwebte zurzeit in Steettin gegen ihn ein darauf bezügliches Strafverfahren. Als ihm dort der Boden zu heiß wurde, verlegte er das Feld seiner Tätigkeit nach Berlin. Hier logierte er sich unter falschem Namen in einem Gasthause in der Dirlsdorfstraße ein und handelte mit dem dort beschäftigten Dienstmädchen an. In der kurzen Zeit von vier Tagen war er mit dieser so weit, daß er sich mit ihr verlobte und für das von ihr vorgeschossene Geld Verlobungsringe besorgte. Dann nahm er der Unvorsichtigkeit nach und nach ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von über 500 M. ab, indem er ihr vorpiegelte, daß er eine Stelle als Inspektor in der Meierei Wölle erhalten solle, auch sehr bald sein eigenes Geld von Hause bekommen würde, inzwischen aber Geld zur Beschaffung von Möbeln gebrauche usw. usw. Dann ließ er sich plötzlich nicht mehr sehen. Inzwischen hatte er mit noch drei anderen Mädchen angebandelt, die durch Heiratsannoncen in sogenannten parteilosen Klatschblättern ihre Geneigtheit, unter die Haube zu kommen, bekundet hatten. Bei diesen anderen „Bräuten“ führte er sich unter dem Namen „Emil v. Jacobowski“ ein und gab an, daß er als Bankbeamter in Dresden angestellt werden solle. Er ließ hier und da gelegentlich in seinem Portemonnaie Banknoten blitzen, die in Wahrheit „Blüten“ waren, zeigte ein von ihm selbst angefertigtes, mit „Oberst v. Grambow“ unterzeichnetes Führungsattest vor, ferner einen gleichfalls von ihm angefertigten Befehl zur Stellung einer Kaution, der von der Reichsbank erlassen sein sollte, endlich ein Sparkassenbuch, auf das er 50 M. eingezahlt und das er dann durch Umänderung der Summe in 1750 M. gefälscht hatte. Er suchte nun, unter Vorweisung dieses Sparkassenbuchs, von den Mädchen 1250 M. herauszubekommen, indem er ihnen vorbedeutete, er müsse eine Kaution von 3000 M. bei der Reichsbank stellen und habe nicht die genügende Summe flüssig. Die Gast, mit welcher er das Geld verlangte, machte ihn aber verdächtig und der Bruder des einen Mädchens, das er in der an-

gegebenen Weise schröpfen wollte, ließ ihn verhaften. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten, dem die Geschworenen mildernde Umstände zubilligten, zu einem Jahre Gefängnis.

Kautionschwindler engros hat der zurzeit flüchtige Kaufmann Sigfr. Hirsch, Inhaber der Großdestillation von Gustav Voigt u. Co., Barischauerstr. 43/44, mit Erfolg ausgeübt, wie die zahlreichen Verhandlungen der von Geprüften eingereichten Klagen vor dem Kaufmannsgericht ergaben. H. affizierte sich zuerst mit einem Destillateur Voigt, löste aber bald darauf das Sozialverhältnis und engagierte B. unter Beibehaltung der alten Firma als Prokuristen. Das Gehalt für 6 Monate ist ihm aber H. bis heute schuldig geblieben. Nach allem, aber leider bislang immer noch bewährtem Rezept, inszenierte Hirsch einen Kautionschwindel in großem Maßstabe. Durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen suchte er kautionsfähige Filialleiterinnen. Gleichzeitig mietete er in allen Gegenden der Stadt leerstehende Läden und präsente dann den sich um eine Filiale Bewerbenden diesen oder jenen Laden als eine „Goldgrube“ zur Errichtung einer Destillation an. Als „Kaution“ verlangte H. 500 M., zeigte sich aber auch entgegenkommend, wenn die „Filialleiterinnen“ nur 2—300 M. aufzubringen vermochten. Aus den beim Kaufmannsgericht eingegangenen Klagenmeldungen ergibt sich, daß über 70 Frauen und Mädchen mit insgesamt 35—40 000 M. auf den Schwindel hineingefallen sind, zumeist arme Weiber, die ihren letzten Spargroschen in die „Goldgrube“ geworfen haben. Bei vielen „Filialen“ kam es erst gar nicht zur Eröffnung, da die Wirte oder die Einrichtungslieferanten rechtzeitig Verdacht schöpften, andere blieben 1—2 Wochen geöffnet, da der Tagesumsatz zwischen 16 und 30 Pf. variierte.

Am Sonnabend ergingen gegen die feine Firma 7, gestern 14 Versäumnisurteile. In den übrigen Klagen stehen Termine noch an. Sämtliche Klagen werden aber gegenstandslos werden und die Klägerinnen dürften wohl keinen Pfennig wiedersehen, da der „Prokurist“ Voigt in der gestrigen Verhandlung erklärt hat, er melde noch am Nachmittag den Konkurs der Firma an, da er sich anders vor dem Ansturm der Gläubiger, die ihn halbtot schlagen wollen, nicht zu retten vermöchte. Der Aufsicht des Hauptschuldigen Hirsch ist gänzlich unbekannt.

Sind kinematographische Vorstellungen „theatralische Vorstellungen“ im Sinne der Verordnungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage?

Diese Frage verneinte kürzlich das Kammergericht in einem Strafverfahren gegen Beyla aus Reutheim, der eine dieser Verordnungen durch Veranstaltung einer heiteren kinematographischen Vorstellung am Totensonntag (in Gleiwitz) übertreten haben sollte. Es wurde ausgeführt: Wenn die Verordnung von theatralischen Vorstellungen spreche, so seien nicht darunter kinematographische Vorstellungen, denn dabei handele es sich um eine Vorstellung von Bildern, nicht um eine solche lebender Personen. Wenn auch ein Bild sich so schnell dem anderen anschließe, daß die Bilder auf der Leinwand im Zusammenhang erschienen und der Eindruck einer Vorstellung lebender Personen erweckt werde, so sei das doch nur Schein. Wegen Nichtanwendbarkeit der Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage müsse die Verurteilung des Angeklagten durch die Gleiwitzer Strafkammer aufgehoben werden. Die Sache sei aber an die Vorinstanz zurück zu verweisen, damit diese nachprüfe, ob etwa § 60a der Gewerbeordnung verletzt sei, der die Genehmigung für Lustbarkeiten im Umherziehen betrifft.

Vermischtes.

Verunglückte Ballonfahrt.

In der Nähe des Gutes Hajde Boyzerin in Ungarn ist Sonntagnacht ein unbekannter Ballon niedergegangen, der die Gondel verloren hatte. Als der Gutsbesitzer mit seinem Dienstpersonal sich dem Ballon mit einem offenen Licht näherte, erfolgte eine heftige Explosion, da sich das Gas des Ballons entzündet hatte. Der Gutsbesitzer sowie vier Leute vom Dienstpersonal wurden sofort getötet, sechs andere Personen schwer verletzt. Der Ballon wurde später als ein aus Frankreich stammender festgestellt. In der Nähe des Unglücksortes fand man später die Leichen der Insassen, die aus der Gondel gestürzt sein müssen. Es waren zwei französische Offiziere sowie ein Zibilingenieur.

Kurzschlusskatastrophe auf der New Yorker Hochbahn.

Ein von auffallend starken Nebenercheinungen begleiteter Kurzschluss hat sich, wie aus New York gemeldet wird, dort ereignet. Gestern nacht hatte die elektrische Leitung, die für die New York, Central and Hudson River-Eisenbahn den Strom liefert, Kurzschluss bei dem Viadukt über die 125. Straße. Die die Eisenbahn stützenden Säulen und Tragebalken wurden auf eine Entfernung von einer halben Meile mit Elektrizität geladen. Ungeheure Flammen, die durch ihren Lichtschein blendeten, setzten die Schienen entlang. Geschmolzenes Eisen und Kupfer ergoß sich in die Straßen, dazu vernahm man das fortwährende Getöse von Explosionen, das eine wilde Panik verursachte. Die Feuerwehrleute wagten nicht, die Spritzschläuche in Anwendung zu bringen, damit das Wasser nicht als Leiter wirkte und sie einen elektrischen Schlag erlitten. Der Brand dauerte, bis die Leitung abgestellt war. Da die 125. Straße in einem verkehrsreichen Teile New Yorks liegt, erregten die Folgen des Kurzschlusses große Verstärkung. Viele Pferde scheuten und die Menschen flohen.

Requiriertes Gefäß.

Auf dem Schießplatz Unterlitz fand gestern ein Arbeiter einen Blindgänger und nahm ihn in die Arbeiterkammer mit, wo das Gefäß explodierte. Ein Arbeiter, dem das Bein abgerissen wurde, ist gestorben, ein anderer, der beide Beine verlor, liegt hoffnungslos danieder, während drei Arbeiter zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt sind.

Die „Schwarze Hand“.

Wierzehn Italiener, Angehörige des Bundes der „Schwarzen Hand“, raubten, wie aus New Orleans berichtet wird, einen achtjährigen Knaben. Sie verlangten vergebens ein Lösegeld von 6000 Dollars. Der Knabe wurde dann franguliert und zerstückelt aufgefunden. Es wurden bereits neun Personen verhaftet, darunter eine Frau, welche ein Geständnis ablegte und weitere Mitschuldige nannte. Es wird ein Lynchgericht befürchtet.

Erdbeben.

In Essentuki bei Pjatigorsk (Kaukasus) wurde gestern früh 6 Uhr 2 Minuten ein mit unterirdischem Getöse verbundenes Erdbeben verspürt.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für Nordwalde-Friedberg. Morgen Mittwoch, abends 9 Uhr bei Becker, Beberstraße 17: Versammlung. Die Versammlungen finden jetzt jeden letzten Mittwoch im Monat statt.

Die Mitgliedschaft Berlin des deutschen Arbeiter-Stenographenbundes eröffnet am Donnerstag, den 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in Ritzdorf, Hermannstr. 49 bei Hoppe, einen neuen Kursus in der ganz vereinslosen Kreidstischen Stenographie. Bildungsfreundliche Genossinnen und Genossen sind herzlich willkommen. Näheres zu erfahren im Inserat.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitspenden sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben der 38. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Duma und die Revolution. Von Trotsky. — Massenbildung. Von E. Korn. — Staatliche Rückkäufe zu den Reichstagswahlen. Von Mademitz. — Eine deutsche Biographie Robert Omens. Von Henriette Roland Holst. (Schluß). — Literarische Rundschau: Dr. Wildes, Stellung und Tätigkeit des Richters. Von Dr. Siegfried. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 13 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Internationale sozialistische Frauenkonferenz zu Stuttgart. — Unser Patriatismus. III. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. II. Von W. D. — Stenographische sozialdemokratische Abgeordnete. Von Adolph Rapp-Blum. — Vom Schwereisen Arbeiterinnenverband. Von D. Z. — Antia Garibaldi. Von Anna Bloß. — Der dritte Kongress der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. I. Von Henriette Bärth. II. Von O. K. III. Von G. L. — Klaus der Bewegung: Von der Agitation. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson für Frankfurt a. M. — Genossin Fieh in die Freiheit zurückgeführt. — Zwei Monate Gefängnis für eine proletarische Kämpferin. — Die Berliner Genossinnen im Kampfe. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Von Generalversammlungen und Verbandstagen freier Gewerkschaften. — Evangelische gegängelte Arbeiterinnenorganisationen. — Brüderliche Solidarität im Streik. — Kolonialpolitik: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen in öffentlichen Ämtern. — Luitung. — Revue: Entweder — oder! Von Friedrich v. Sallet. (Gedicht). — Note Ostern. Historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg. Von Robert Schmeißel. (Forschung). — Ein harmloses Rätsel. Von Friedrich v. Sallet. (Gedicht).

Für unsere Mütter und Hausfrauen: In eine Rose. Von Friedr. Höpferlin. (Gedicht). — Etwas über die Pflege des Neugeborenen. Von Hannah Bösch. — Dienstboten im alten Delfaz. Von Anna Bloß. — Auf einer Wanderung. Von Eduard Adrife. (Gedicht). — Die Mutter als Erzherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist und soeben die 13. Nummer des 24. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Unseren österreichischen Genossen“ und „Der Friedensengel des Imperialismus“, sowie die weiteren Illustrationen „Spanisches“, „Don Carlos in Rot“, „Die Freunde der guten Dieren“, „Die bayerischen Landtagswahlen“, „Lebenslauf“, „Dankgottesdienst in Preußen-Deutschland für die hohen Getreidepreise“, „Schonorer und Reichsdecker“, „Strafe muß sein“, „Im Hamburger Hafen“ und „Nächtlicher Besuch in Karlslose Selo“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Die Talschraube“, „Der Besuch der englischen Journalisten“, „Stadt“, „Das Lied von deutscher Gastlichkeit“, „Humans Landtag“, „Reflexion“, „Kur gründlich“, „Heimkehr“ (Illustr.), „Die Flottenschnader“, „Anti-Gödel“, „Produktive Ausgaben“, „Die liberale Vera“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Heftletens „Das Kochbuch der Zukunft“, „Die Heiligkeit“, „Angenehme Plätze“, „Die Friedensbombe“ und „Das Schwein“ (Illustr.). Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Witterungsüberblick vom 24. Juni 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. F. u. C.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. F. u. C.
Emmende	762	SB	3	moll	14	Dabaranda	759	SB	4	halb	10
Hamburg	762	SB	4	moll	13	Petersburg	759	SB	2	bedekt	16
Berlin	764	SB	2	heiter	15	Seilly	761	SB	4	bedekt	13
Kranf. a. M.	766	SB	3	moll	14	Aberdeen	762	SB	1	wollig	12
München	767	SB	5	moll	12	Paris	767	SB	2	wollig	13
Wien	764	SB	4	Regen	18						

Weiter-Prognose für Dienstag, den 25. Juni 1907. Zeitweise heiter, aber ziemlich kühl und veränderlich mit Regenschauern und frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 24. Juni vorm. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 1,53 dp. — Elbe bei Radeburg 1,08 Meter. — Oder bei Ratibor — Meter. — Oder bei Breslau — 1,42 Meter. — Oder bei Belg 1,96 Meter. — Neißemündung 1,38 Meter.

Turmstr. 76

Lachmann & Scholz

Ottostr. 1

Warenhaus

Unser Saison-Räumungs-Verkauf große Vorteile

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag geben wir Doppelte Rabatt-Marken

*) Wenige Artikel ausgenommen.